(Ausgegeben am 14. Oktober 2013)

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

18. Sitzung

Hannover, den 27. September 2013

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 33:

Mitteilungen des Präsidenten 1567
Feststellung der Beschlussfähigkeit 1567

Tagesordnungspunkt 34:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/555 1567

Frage 1:
Der Schwerpunkt Ganztagsschulen in der "Zukunftsoffensive Bildung" 1567
Christoph Bratmann (SPD) 1567, 1582
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin 1568 bis 1590
Claus Peter Poppe (SPD) 1569, 1580
Uwe Strümpel (SPD) 1570, 1590
Uwe Santjer (SPD) 1570, 1575
Stefan Politze (SPD) 1571, 1577
Ina Korter (GRÜNE) 1572, 1578
Heinrich Scholing (GRÜNE) 1573, 1578
Michael Höntsch (SPD) 1574, 1580
Doris Schröder-Köpf (SPD) 1575, 1579
Bernd Lynack (SPD) 1576
Susanne Menge (GRÜNE) 1579
Björn Försterling (FDP) 1581, 1583
Jörg Hillmer (CDU) 1582, 1585
Astrid Vockert (CDU) 1583, 1588
Clemens Lammerskitten (CDU) 1584
Kai Seefried (CDU) 1584, 1589
Karin Bertholdes-Sandrock (CDU) 1585
Jörg Bode (FDP) 1586, 1588
Petra Tiemann (SPD) 1587
Dr. Gero Hocker (FDP) 1587, 1589
Christian Grascha (FDP) 1589

(Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 62, die nicht in der 18. Sitzung des Landtages am 27.09.2013 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/610 abgedruckt.)

Tagesordnungspunkt 35:

Erste Beratung:
Internationalisierung der niedersächsischen Hochschulen voranbringen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/574 1590
Ulf Prange (SPD) 1590, 1594
Almuth von Below-Neufeldt (FDP) 1592
Dr. Stephan Siemer (CDU) 1593, 1595
Ottmar von Holtz (GRÜNE) 1595, 1596
Jörg Hillmer (CDU) 1596
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur 1596
Ausschussüberweisung 1598

Tagesordnungspunkt 36:

Erste Beratung:
Natur und Landschaft in Niedersachsen - Das Landschaftsprogramm hat Priorität in der niedersächsischen Naturschutzstrategie - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/575 1598
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE) 1598, 1603
Axel Brammer (SPD) 1600, 1604, 1605
Ingrid Klopp (CDU) 1601
Dr. Stefan Birkner (FDP) 1602, 1604
Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz 1605
Ausschussüberweisung 1606

Tagesordnungspunkt 37:

Erste Beratung:
Leitlinien und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Tourismuspolitik in Niedersachsen festlegen - Infrastruktur ausbauen, Zukunftsmärkte erschließen, Marketing optimieren - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/577 1606
Sabine Tippelt (SPD) 1606
Axel Miesner (CDU) 1608
Maaret Westphely (GRÜNE) 1609
Gabriela König (FDP) 1610
Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 1611
Ausschussüberweisung 1612

Nächste Sitzung 1613

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführerin	Hillgriet Eilers (FDP)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführerin	Elke Twesten (GRÜNE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Stephan Weil (SPD)

Staatssekretär Dr. Jörg Mielke,
Staatskanzlei

Minister für Inneres und Sport
Boris Pistorius (SPD)

Staatssekretär Stephan Manke,
Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister
Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration
Cornelia Rundt (SPD)

Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt (SPD)

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Olaf Lies (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Staatssekretär Horst Schörshusen,
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Justizministerin
Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Staatssekretär Wolfgang Scheibel,
Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea Hoops,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Stefan Wenzel (GRÜNE)

Beginn der Sitzung: 9.05 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 18. Sitzung im 8. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode. Das Präsidium wünscht Ihnen einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Tagesordnungspunkt 33:
Mitteilungen des Präsidenten

Ich darf im Einvernehmen mit den Schriftführern feststellen, dass dieses Haus schon **beschlussfähig** ist.

Es gibt heute zwei Geburtstage. Geburtstag hat zum einen der Kollege Ottmar von Holtz,

(Beifall)

und zum anderen unser Alterspräsident, der Kollege Lothar Koch. Beiden einen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Beiden wünschen wir Gesundheit und Wohlergehen für das vor ihnen liegende neue Lebensjahr.

Meine Damen und Herren, wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 34, Mündliche Anfragen. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Die heutige Sitzung soll gegen 12.10 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer Herr Brinkmann mit.

Schriftführer Markus Brinkmann:

Meine Damen und Herren, für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Julia Hamburg und von der Fraktion der FDP Herr Hermann Grupe.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, wir gehen jetzt über zu dem

Tagesordnungspunkt 34:
Mündliche Anfragen - Drs. 17/555

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten. Ich weiß ja nicht, wie der Fragedrang heute Morgen sein wird.

Wir haben mittlerweile eine technische Erweiterung im Präsidium vorgenommen: Wir haben eine Erfassungsliste für Ihre Wortmeldungen,

(Beifall)

wo alle 137 Namen aufgeführt sind: erste Zusatzfrage, zweite Zusatzfrage. Wir sind also technisch darauf eingestellt, 274 Zusatzfragen ordnungsgemäß abzuarbeiten. Warten wir ab, wie es läuft.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Es ist jetzt 9.07 Uhr.

Ich rufe die erste Frage auf:

Frage 1:
Der Schwerpunkt Ganztagsschulen in der „Zukunftsoffensive Bildung“

Der Kollege Bratmann von der SPD-Fraktion hat sich für die Frage 1 gemeldet. Bitte sehr!

Christoph Bratmann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der „Zukunftsoffensive Bildung“ plant die Landesregierung nach eigenen Angaben, in den Schwerpunkten Ganztagsschulen, frühkindliche Bildung und Qualitätsverbesserungen in Schulen und Ausbildung insgesamt 420 Millionen Euro zu investieren. In den Bereich Ganztagsschulen sollen davon alleine 259 Millionen Euro fließen.

Laut rot-grünem Koalitionsvertrag sind Ganztagsschulen am besten geeignet, alle Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern, Bildungsbenachteiligungen auszugleichen und Familien zu entlasten. Auch bieten sie mehr Zeit für individuelles und gemeinsames Lernen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie werden sich in Zukunft die Ausstattung der Ganztagsschulen und ihr Nachmittagsangebot verändern?

2. Wie sollen sich die Beschäftigungsverhältnisse in Ganztagsschulen verändern?

3. Wie wird mit der sogenannten Minimalausstattung der bisherigen „Ganztagsschulen light“ umgegangen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Beantwortung hat sich die Kultusministerin Frau Heiligenstadt gemeldet. Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der quantitative und qualitative Ganztagsausbau bietet hervorragende Chancen, unser Bildungssystem leistungsfähiger zu machen, alle Begabungen auszuschöpfen und Chancengleichheit aller Schülerinnen und Schüler besser herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist der Schwerpunkt der Zukunftsoffensive Bildung, die mit dem Haushaltsplanentwurf 2014 gestern in den Landtag eingebracht worden ist, natürlich auch der größte Bereich.

Eine gute Ganztagsschule schafft Raum und Zeit, damit qualifiziertes Fachpersonal allen Kindern und Jugendlichen hilft, ihre Stärken und ihre Begabungen, ihre Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft zu entwickeln und zu entfalten.

Gute Ganztagsschulen setzen die gesellschaftlichen Erwartungen an Schule als Bildungsinstitution um. Mit einer hohen Angebotsvielfalt über Hausaufgabenbetreuung oder individuelle Förderung, über fachbezogene und fächerübergreifende Angebote bis hin zu freizeitbezogenen Angeboten bieten sie schülerorientierte Schulkonzepte.

Die an Ganztagsschulen verlängerten gemeinsamen Lern- und Lebenszusammenhänge bieten zusätzliche Möglichkeiten für positive Sozialisierungsprozesse. Gute Ganztagsschulen sind keine reinen Lernräume mehr, meine Damen und Herren, sondern sie entwickeln sich zu sozialen Lebensräumen, die junge Menschen aktiv auch mitgestalten können. So können sich Ganztagsschulen mit guten Konzepten zu aktiven gesellschaftlichen Orten entwickeln, die inklusive Bildung mit attraktiven Freizeitangeboten und lebendigen Beziehungen zum örtlichen Umfeld verbinden können. Zugleich bieten sie Eltern die Verlässlichkeit, die sie zur selbstbestimmten Lebensführung benötigen. Damit sind gute Ganztagsschulen auch ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch aus der Sicht der Kommunen, aus der Sicht der Städte und Gemeinden sind Schulen ein bestimmender Faktor für die Wohnortattraktivität und auch für die Lebensqualität. Gute Ganztagsschulen sind hier hervorragende Partner für eine stringente kommunale Entwicklungsplanung.

Nach Auffassung der Landesregierung ist die Schule der Zukunft eine gute Ganztagsschule. Daher beabsichtigt die Landesregierung, die Summe von 259,2 Millionen Euro zusätzlich in den Ausbau der Ganztagsschulen zu investieren.

Erfolgreiches Lernen braucht Zeit und gute Konzepte. Ganztagsschulen sind daher gut geeignet, alle Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern, Bildungsbenachteiligungen auszugleichen und Familien zu entlasten.

Ganztagsschulen eröffnen Gestaltungsspielräume für eine gute Strukturierung des Schultages, ermöglichen Kooperationen mit externen Partnerinnen und Partnern und ermöglichen die Einbeziehung des regionalen Umfeldes.

Meine Damen und Herren, die bisherige Ausstattung der Ganztagsschule in Niedersachsen nach Ziffer 8.2 des Erlasses zur Arbeit in der öffentlichen Ganztagsschule vom 16. März 2004 hat diese positiven Wirkungen von Ganztagsschule aufgrund der nur sehr begrenzten Ressourcen nicht oder nur sehr eingeschränkt ermöglicht. Das wollen wir ändern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsen braucht daher keine sogenannten Ganztagsschulen light, sondern gut ausgestattete Ganztagsschulen. Dafür steht die rot-grüne Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Die bislang durch die alte Landesregierung praktizierte nur geringe Ausstattung von 1 200 der insgesamt 1 600 bestehenden Ganztagsschulen wird bis zum Jahr 2017 auf ca. das Dreifache erhöht.

Der bisher angewendete Berechnungsmodus zur Gewährung des beschränkten Zusatzbedarfs richtet sich nach der Anzahl der Klassen bestimmter Schuljahrgänge. Dieser Berechnungsmodus hat sich als viel zu starr erwiesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine Anpassung an steigende Teilnehmerzahlen war z. B. aufgrund der anzuwendenden Stichtagsregelung nicht vorgesehen.

Das hat die Landesregierung dazu bewogen, den Berechnungsmodus auf eine neue planerische Grundlage zu stellen: Analog zur „Vollausstattung“ wird die Zuweisung von Stunden für den Ganztagsbetrieb künftig auf der Basis der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler erfolgen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die bessere und gerechtere Ausstattung mit Ressourcen erfolgt stufenweise. Den finanziellen Rahmenbedingungen entsprechend wird ein prozentualer Faktor X - wir gehen in der ersten Phase von voraussichtlich 60 % aus - auf die Berechnungsmethode der Lehrerstundenzuweisung für den Ganztagsbetrieb nach Ziffer 5.1 des sogenannten Klassenbildungserlasses angewendet. Dieser Faktor X wird sich in den Folgejahren in Abhängigkeit von der Zahl der am Ganztag teilnehmenden Schülerinnen und Schüler voraussichtlich kontinuierlich erhöhen. Damit wird es diesen und neu genehmigten Ganztagsschulen ermöglicht, ihr Nachmittagsangebot schrittweise quantitativ und qualitativ auszubauen und dieses, verstärkt durch Lehrkräfte und andere Landesbedienstete, aber auch mit Kooperationspartnern zu gestalten.

Zu Frage 2: Die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen ermöglicht es, verstärkt Lehrkräfte im Ganztagsbereich einzusetzen. Damit trägt die Landesregierung der Forderung nach qualifiziertem Personal Rechnung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Kooperation mit externen Partnern ist allerdings ein weiteres Qualitätsmerkmal guter Ganztagsschule. Es ist gut, Ganztagsschule zu öffnen und externe Partnerinnen und Partner in den Betrieb von Ganztagsschule einzubinden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, weiterhin tragen die an Ganztagsschulen tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen wesentlichen Teil zum Gelingen des Ganztagsbetriebes bei. Mit den zusätzlichen Mitteln ist es möglich, Arbeitsverträge mit diesen Kräften abzuschließen - wohlgemerkt: Arbeitsverträge - und das leidige Thema der Honorarverträge zu befrieden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, keine Ganztagsschule gleicht der anderen. Als eigenverantwortliche Schule entwickelt jede Ganztagsschule ein geeignetes pädagogisches Konzept, das entscheidend durch das soziale und kulturelle, aber auch das betriebliche Umfeld vor Ort geprägt ist. Von daher wird die Landesregierung die Rahmenbedingungen dahin gehend verbessern, dass mithilfe des schuleigenen Budgets Arbeitsverträge geschlossen werden können, die ein passgenaues Ganztagsangebot ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu Frage 3 verweise ich auf die Antwort auf Frage 1.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Das war die Antwort der Landesregierung.

Zu einer ersten Zusatzfrage hat sich der Abgeordnete Claus Peter Poppe von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Claus Peter Poppe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie haben dargestellt, dass die verbesserte Ausstattung mit Ressourcen stufenweise erfolgen soll. Ich frage die Landesregierung: Wie bildet sich die angegebene Summe von zusätzli-

chen rund 260 Millionen Euro in der mittelfristigen Finanzplanung ab?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Poppe, neben den von mir gerade aufgeführten Werten wollen wir folgende Umschichtungen zugunsten des Ganztagsbetriebes vorsehen: Im Jahr 2014 wollen wir 23 Millionen Euro zusätzlich einplanen. Im Jahr 2015 wollen wir 62 Millionen in den Ganztagsbereich einplanen. Im Jahr 2016 sollen es 78 Millionen Euro und im Jahr 2017 genau 96,2 Millionen Euro sein. Insgesamt ergibt das die Summe von 259,2 Millionen Euro.

Bei diesen Daten - meine Damen und Herren, das sage ich gleich dazu - handelt es sich natürlich um jährliche Haushaltsdaten, die in der Mipla abgedeckt sein müssen. Aufgrund des Schuljahresbeginns sind dann entsprechend jeweils Teiljahresbeträge zu berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Uwe Strümpel von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Uwe Strümpel (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der begrüßenswerten Bereitstellung von Ressourcen für den Ganztag und der Aufarbeitung der Versäumnisse der alten Landesregierung frage ich Sie, Frau Ministerin: Kann dabei das Niveau der Unterrichtsversorgung insgesamt, für alle Schulen, auf dem jetzigen Stand gehalten werden?

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Heiligenstadt. Bitte sehr!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kollege Strümpel, bei der Berechnung der Ausstattung der Ganztagsschulen nach dem neuen Berechnungsmodus sind wir von einer durchschnittlichen landesweiten Unterrichtsversorgung von 101 % ausgegangen.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die SPD-Fraktion Kollege Uwe Santjer. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Uwe Santjer (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie kann vereinbart werden, dass Sportvereine und Musikschulen am Nachmittag eingebunden werden? Sind da irgendwelche Konsequenzen zu erwarten?

(Astrid Vockert [CDU]: Das hat sie doch gerade gesagt! Uwe, hör mal zu!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin Frau Heiligenstadt. Bitte sehr!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Santjer, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zuruf von Norbert Böhlke [CDU])

- ganz genau, Herr Böhlke -, weil sie mir nämlich Gelegenheit gibt, mit der Diskussion aufzuräumen, dass die Ganztagsschule das ehrenamtliche Engagement von Schülerinnen und Schüler verdrängen würde; denn das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So spielen etwa die Sportvereine eine ganz besonders wichtige Rolle als außerschulische Partner von Ganztagsschulen, neben den Sportvereinen z. B. auch viele Vereine im kulturellen und musischen Bereich oder auch die freiwilligen Feuerwehren. Durch die Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote außerschulischer Träger im Ganztag entfaltet sich im schulischen Rahmen ein sehr breites Spektrum an Möglichkeiten, welches die beiden tragenden Säulen des Schulsports - Sportunter-

richt und außerunterrichtlicher Sport - auf sinnvolle Art und Weise ergänzt.

(Astrid Vockert [CDU]: Das war auch schon vorher so!)

Im Zusammenhang mit den Kooperationen an Ganztagsschulen wird häufig die Befürchtung geäußert, dass ganztägige Angebote, die im Organisationsrahmen der Schule stattfinden, gerade im Bereich des Sports durch veränderte Hallenbelegungszeiten und ein verändertes Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen zu Problemen bzw. zu einem Verlust an Mitgliedern führen.

Dem ist allerdings Folgendes entgegenzuhalten: Die Ausweitung der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote der Schulen am Nachmittag macht in der Anfangsphase zweifellos zeitliche Anpassungen notwendig, die auf den ersten Blick zu einer Reduzierung der den Sportvereinen zur Verfügung stehenden Hallenzeiten führen können.

(Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Frau Ministerin, einen Moment, bitte! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf bitten, die Geräuschkulisse herunterzufahren, was man insbesondere dadurch erzielen kann, dass man Zwiegespräche einfach einstellt. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Es zeichnet sich jedoch ab, dass die Vereine, insgesamt gesehen, von dieser Ausweitung profitieren, weil sie mehr Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten geben können, sportliche Aktivitäten kennenzulernen, die sie sonst mangels Kenntnis oder mangels finanzieller Möglichkeiten nicht wahrnehmen würden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist z. B. gut, wenn man mal ein halbes Jahr in eine Sportart hineinschnuppern kann, wenn man vorher keine große Chance dazu gehabt hat, und es führt in einer Vielzahl der Fälle sehr wahrscheinlich zu einem gesteigerten Interesse am Sport, aber vielleicht auch zu einer späteren Mitgliedschaft in einem Verein. Natürlich sind damit auch die Vereine herausgefordert, sich um möglichst attraktive Angebote zu bemühen.

Kommen wir zur musischen Seite. Im Rahmen des Aktionsprogramms HAUPTSACHE:MUSIK fördert das Kultusministerium z. B. gezielt Kooperationsprojekte der öffentlichen Musikschulen Niedersachsens mit Kitas, Kindergärten sowie allgemeinbildenden Schulen. Auch das setzen wir natürlich fort. Kooperationen können auf vielfältige Weise erfolgen. Die Zusammenarbeit mit den allgemeinbildenden Schulen kann im Rahmen einer erweiterten Ganztagsarbeit weiter ausgebaut werden und damit für beide Seiten sehr gewinnbringend sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Geeignete Modelle werden zurzeit entwickelt und rechtlich geprüft. Das vom MWK aufgelegte Musikalisierungsprogramm „Wir machen die Musik!“ legt dafür wichtige musikalische Grundlagen.

Vergleichbare Möglichkeiten zur Kooperation bietet die Ganztagsschule auch für die Zusammenarbeit mit Kunstschulen. Im Rahmen der musikalisch-künstlerischen Kinder- und Jugendbildung an Schulen bestehen bereits erfolgreiche Kooperationen mit klassischen Kultureinrichtungen in zahlreichen Einzelprojekten. Eine landesweite Konzeption ist in Vorbereitung.

Auch die Kooperation mit den Feuerwehren ist für die örtliche Gemeinschaft sehr wichtig und wurde über eine Kooperationsvereinbarung des Landes mit der Landesvereinigung der Feuerwehren abgesichert.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Der Ganztag kann sehr wohl gut mit dem ehrenamtlichen Engagement verknüpft werden. Ich würde mir wünschen, dass er tatsächlich zu einer Ausweitung des ehrenamtlichen Engagements und des sozialen Miteinanders führt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Stefan Politze von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Stefan Politze (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Ministerin, können Sie noch einmal ausführen, warum es so wichtig ist, dass das Projekt „Ganztagsschule light“ nicht mehr den Markt bestimmt, und warum es so

wichtig ist, dass auch Lehrkräfte mehr in den Ganztag eingebunden werden?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Politze,

(Jens Nacke [CDU]: „Ich bin Ihnen dankbar für diese Frage“!)

wir haben in den letzten Jahren hier in diesem Hause sehr häufig über das Thema Ganztagsschule diskutiert, sehr geehrter Herr Nacke, und wir alle wissen miteinander, dass es zu extrem großen Problemen an den sogenannten Ganztagsschulen light gekommen ist infolge arbeitsrechtlicher und sozialversicherungsrechtlicher Probleme und der abgeschlossenen Honorarverträge und Kooperationsverträge.

Wir haben hier über die Aktenübergabe an Staatsanwaltschaften und den Zoll diskutiert. Wir haben hier darüber diskutiert, dass in den letzten Jahren etliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niedersächsischen Landesschulbehörde dafür eingesetzt werden mussten, aufzuarbeiten, welche Probleme durch die Unterfinanzierung der Ganztagsschulen in Niedersachsen entstanden sind. Wir sind jetzt mit der neuen rot-grünen Landesregierung angetreten, dieses Durcheinander erst einmal aufzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eines ist in jedem Fall wichtig: Der Ganztag muss mit fachlich qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgen, aber eben auch die externen Partnerinnen und Partner mit einbinden, um eine große Vielfalt anbieten zu können. Wenn wir jetzt die Ressourcen im Ganztagsbereich deutlich erhöhen, gibt uns das die Gelegenheit, zusätzliche Lehrkräfte an den Schulen einzusetzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das wiederum kann dazu führen, dass wir auch am Nachmittag Unterrichtsinhalte anbieten können, dass wir zu einer anderen Rhythmisierung des Tages kommen können und damit die positiven Aspekte, die eine Ganztagsschule entwickeln kann, deutlicher zum Tragen kommen. Deswegen werden wir die bessere Ausstattung der Ganztagsschule nicht ausschließlich über eine Verbesserung des schuleigenen Budgets erreichen, sondern auch ermöglichen, dass Lehrkräfte im Ganztagsbetrieb mit eingesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt von der Abgeordneten Ina Korter von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte sehr, Frau Korter, Sie haben das Wort.

Ina Korter (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Schulen und Schulträger jetzt nicht genau wissen, unter welchen Bedingungen sie neue Ganztagsschulen beantragen können - die Frist endet ja am 1. Dezember -, frage ich die Landesregierung: Wie und ab wann können jetzt eigentlich neue Ganztagsschulen beantragt werden?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin. Bitte sehr! Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Korter, wir müssen zunächst einmal die Haushaltsberatungen dieses Hohen Hauses abwarten, damit wir dann die tatsächlichen Ressourcen für die Ausstattung des Ganztagbereichs zugrunde legen können. Sie alle wissen: Der Haushalt wird in den nächsten Monaten in den Ausschüssen und abschließend im Dezember in diesem Haus beraten. Dann werden wir endgültig Gewissheit haben, ob wir diese hohe Summe an zusätzlichen Ressourcen für die Ausstattung der Ganztagsschule vorsehen können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einfach einmal sagen: Ich bin dem gesamten Kabinett sehr dankbar dafür, dass alle Ressorts mittragen, dass wir eine so starke Zukunftsoffensive Bildung in Niedersachsen auflegen können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Zeit bis zur Verabschiedung des Haushaltsplans werden wir nutzen, um einen neuen Ganztagsschulerlass und die Anpassung des Klassenbildungserlasses vorzunehmen. Wir planen, diese Anpassungen zum Jahreswechsel 2013/2014 in die Anhörung zu geben, sodass bis zu diesem Zeitpunkt deutlich sein wird, in welcher Art und Weise wir die Anpassung vornehmen können.

Die bestehenden Ganztagsschulen, meine Damen und Herren, sollen zum 1. August 2014 eine verbesserte Ausstattung nach dem Klassenbildungserlass mit dem Faktor X, den ich vorhin angesprochen habe, unbürokratisch und ohne zusätzliche Antragstellung bekommen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Natürlich gibt es auch viele Ganztagsschulen, die neu an den Start gehen wollen. Sie haben darauf hingewiesen, Frau Korter, dass die Frist, die zugrunde gelegt wird, bis zum 1. Dezember eines jeden Jahres läuft. Wir sind uns bewusst, dass bis zum 1. Dezember natürlich noch der alte Ganztagsschulerlass gilt. Allerdings wollen wir die Anträge für neue Ganztagsschulen auf der Basis der bestehenden Erlasslage bis zum 1. Dezember in der Frist erst einmal normal so weiterwirken lassen, um die Bewilligung dieser Anträge dann in dem Bewusstsein der deutlich verbesserten Ausstattung vornehmen zu können.

An alle Ganztagsschulen, die schon jetzt vorhanden sind, wird auch die Aufforderung ergehen, dass die pädagogischen Konzepte weiterzuentwickeln sind. Sie sind ja in den meisten Fällen vor dem Hintergrund der bestehenden Unterfinanzierung der Ganztagsschule entwickelt worden.

Bei einer gewünschten Änderung der Organisationsform der Ganztagsschule können auch Anträge ohne eine Fristbindung zur Genehmigung vorgelegt werden, wobei ich deutlich darauf hinweise, dass die Ausstattung nichts mit der Organisationsform zu tun hat. Die Organisationsform bestimmt lediglich die Fragestellung: offen, teilgebunden, gebunden? Wie verpflichtend müssen Schülerinnen und Schüler am Ganztagsunterricht teilnehmen? - Aber die Ausstattung, wenn es eine volle Ausstattung ist und wenn sie nach dem Klassenbildungserlass vorgenommen wird, ist unabhängig von der Organisationsform.

Wir müssen uns in Niedersachsen wieder daran gewöhnen, dass „offene Ganztagsschule“ nicht „schlecht ausgestattete Ganztagsschule“ heißt,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

sondern „offene Ganztagsschule“ ist lediglich eine Organisationsform; wie „teilgebunden“ oder „gebunden“. Die Ausstattung wird die rot-grüne Landesregierung deutlich verbessern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke sehr, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Heiner Scholing von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte sehr! Sie haben das Wort.

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass gerade von Schulleitungen von genehmigten Ganztagsschulen der organisatorische Aufwand sehr beklagt wird, frage ich die Landesregierung: Welche Unterstützung werden Schulen für die weitere Organisation von Ganztagsschulen bekommen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet - unverändert - die Kultusministerin. Frau Heiligenstadt, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Scholing, wir haben in der Niedersächsischen Landesschulbehörde Serviceteams, die die Ganztagsschulen beim Abschluss der entsprechenden Verträge beraten und unterstützen. Insgesamt sind in der Niedersächsischen Landesschulbehörde in den vier Regionalabteilungen rund 120 Beschäftigte damit beschäftigt, die Ganztagsschulen entsprechend zu beraten, sollten sie Fragen haben, aber vor allen Dingen auch für eine Rechtssicherheit der Verträge zu sorgen.

Wir haben eine hohe Anzahl von Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern an den niedersächsischen Ganztagsschulen und durchaus noch immer vereinzelt abgeschlossene Honorar-

verträge. Die Schulen und insbesondere die Schulleitungen sollen entlastet werden, dass sie in rechtlicher Hinsicht nicht die entsprechende Verantwortung übernehmen müssen, und gut beraten und unterstützt werden.

Diese Beratung und Unterstützung wird auch weiterhin gewährleistet werden, meine Damen und Herren. Es ist nämlich wichtig, dass sich die Schulleitungen auf die pädagogische Konzeption in der Schule, auf die pädagogischen Inhalte für die Ganztagsschule und das Konzept konzentrieren können. Deshalb werden wir diese Servicestellen auch weiterhin aufrechterhalten. Ich habe sehr gute Rückmeldungen erhalten, dass Schulen mittlerweile diese Unterstützung für sich einfordern und sie nicht als Überprüfung empfinden.

Die Serviceteams sind allerdings durchaus auch noch damit beschäftigt, dass hin und wieder sogenannte Altfälle in den Schulen vorhanden sind - Fälle von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die beim Land eigentlich anders hätten angestellt werden müssen. Auch hier gibt es eine entsprechende intensive Beratung durch die Servicestellen.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Höntsch von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Michael Höntsch (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund dass ich als Lehrer und ehemaliger Personalrat an einem Gymnasium Erfahrungen habe, möchte ich einmal intensiver nachfragen: Wie wird die Landesregierung zukünftig wirklich Rechtssicherheit in diesen Fragen gewährleisten? Können Sie das bitte noch etwas näher erläutern?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr! Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Höntsch, Sie sprechen eine wichtige Problematik an.

Aufgrund der Einführung der Genehmigungspflicht für Kooperations-, Arbeits- und Dienstleistungs- bzw. Honorarverträge bedürfen alle Vertragsabschlüsse der Schulen für ganztagsspezifische Angebote seit dem 1. Mai 2012 der Zustimmung der Niedersächsischen Landesschulbehörde. Das Genehmigungsverfahren erfolgt mittels eines eigens zu diesem Zweck eingerichteten Datenportals, in das die Schulen ihre zu genehmigenden Vertragsentwürfe einstellen.

Rechtssicherheit erhalten die Schulen dahin gehend, dass sämtliche Verträge, die das Genehmigungsportal der Niedersächsischen Landesschulbehörde durchlaufen haben und die nachträglich von den Schulen nicht eigenmächtig verändert werden, dann der tatsächlich geltenden Rechtslage entsprechen.

Um den Schulen bei den rechtlich komplexen Fragestellungen, die der Organisation einer Ganztagsschule zugrunde liegen, jederzeit hilfreich und kompetent zur Seite stehen zu können - dies habe ich bereits ausgeführt -, ist der Fachbereich Service in der Landesschulbehörde eingerichtet worden. Dort wird sehr häufig auch telefonisch beraten und eine über das Genehmigungsportal hinausgehende Beratung der Schulen gewährleistet. Seit Februar 2013 sind dort rund 26 000 Anrufe eingegangen. Meine Damen und Herren, man sieht: Es gibt einen erheblichen Unterstützungs- und Beratungsbedarf.

Die Prüf- und Beratungsteams haben seit Frühjahr 2012 rund 230 Vor-Ort-Besuche an den Schulen durchgeführt. Zusätzlich haben sie in den vier Regionalabteilungsbezirken Schulungen abgehalten, bei denen interessierte Vertreterinnen und Vertreter der Schulen die rechtlichen Grundlagen zum Abschluss von Verträgen, zur Bewirtschaftung ihres Budgets sowie zur Personalaktenführung vermittelt bekamen. Die in den Schulen vermittelten Inhalte stehen den Schulen zusätzlich in Form von Handreichungen auf der Internetseite der Niedersächsischen Landesschulbehörde zur Verfügung.

Wie gut das Beratungsangebot von den Schulen angenommen wird, zeigt sich auch daran, dass die Schulen mittlerweile immer häufiger die Niedersächsische Landesschulbehörde von sich aus um Beratungsgespräche bitten. Zusätzlich zu den 230 Vor-Ort-Besuchen haben allein zwischen den Oster- und den Sommerferien des abgelaufenen Schuljahres 70 persönliche Beratungsgespräche durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Prüf-

und Beratungsteams auf Anfragen der Schulen stattgefunden.

(Astrid Vockert [CDU]: Danke für das Kompliment an die alte Landesregierung!)

Sie sehen: Das ist eine sehr umfangreiche Beratungstätigkeit, die, sehr geehrte Kollegin von der rechten Seite des Hauses, Frau Vockert, in den letzten Monaten sehr intensiv in Anspruch genommen wurde. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass diese Servicestellen erst eingerichtet werden mussten, weil durch die Unterfinanzierung ein Chaos an den Ganztagsschulen entstanden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal bitten, Zwiegespräche und Verhandlungen, welcher Art auch immer, einzustellen. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Schröder-Köpf. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

(Jens Nacke [CDU]: Es ist schwierig zuzuhören, wenn hier nur noch vorgelesen wird!)

Doris Schröder-Köpf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage die Frau Ministerin: Wie stark werden Ganztagsschulplätze eigentlich nachgefragt?

Präsident Bernd Busemann:

Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin. Bitte sehr!

(Jens Nacke [CDU]: Nicht schon wieder vorlesen, Frau Kollegin! Können Sie nicht einmal frei sprechen?)

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf der einen Seite beklagen Sie sich immer, dass Sie keine konkreten Antworten bekommen, und wenn ich aufgrund vorhandener Materialien bestimmte Werte sehr konkret und präzise formuliere, schimpfen Sie auch, Herr Nacke.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Gut vorbereitet! - Jens Nacke [CDU]: Ich beklage mich über das Schauspiel, das hier abgezogen wird!)

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, dass Ganztagsschulen immer mehr nachgefragt werden. Die erste JAKO-O-Bildungsstudie von 2010 belegt die folgenden Zahlen und Steigerungsraten, sehr geehrte Frau Schröder-Köpf. Damals wünschten sich 59 % der Eltern für ihr Kind eine Schule mit Ganztagsangebot, im Jahr 2012 waren es schon 70 % der Eltern, die für ihre Kinder ein Ganztagsangebot nachfragten.

Wenn Eltern von schulpflichtigen Kindern die Wahl hätten, würden nur 28 % ihren Nachwuchs auf eine klassische Halbtagsschule schicken, 70 % dagegen würden eine Ganztagsschule bevorzugen. In den neuen Bundesländern sind es im Übrigen sogar fast 90 %, nämlich 89 %.

Die meisten Befürworter der Ganztagsschulen würden nach dieser Studie für ihr Kind eine Einrichtung mit freiwilligem Nachmittagsprogramm wählen, andere hingegen eine verbindliche Ganztagsschule. Die Werte: 38 % bevorzugen ein freiwilliges Angebot, 32 % ein verbindliches Ganztagsangebot. Das sagt möglicherweise auch etwas darüber aus, inwieweit sich Organisationsformen entwickeln werden.

Der derzeitige Ausbaustand im Primarbereich liegt in Niedersachsen bei rund 50 %. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage von Eltern nach Ganztagsplätzen noch nicht flächendeckend befriedigt werden kann. Von daher setzt die Landesregierung beim bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau einen Schwerpunkt auf die Errichtung der Ganztagsgrundschulen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Uwe Santjer, SPD-Fraktion. Herr Santjer, das ist Ihre zweite Zusatzfrage. Sie haben das Wort. Bitte sehr!

Uwe Santjer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke der Kultusministerin für die ausführliche Beantwortung meiner Frage, als ich über das Ehrenamt gesprochen habe, und schließe an: Welche Auswirkungen, glaubt die Landesregierung, werden wir mit der Inbetrieb-

nahme einer vernünftigen Ganztagsschule für die regionalen Bildungslandschaften haben?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin. Bitte sehr!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Santjer! Im Sinne von Bildungsgerechtigkeit und vor dem Hintergrund der Folgen des demografischen Wandels sind die Bildungspotenziale aller Schülerinnen und Schüler nach Möglichkeit optimal zu erschließen und zu entfalten.

Wir wissen, dass sich mit dem steigenden Niveau des Schul- und Berufsabschlusses die Erträge von Bildung erhöhen und das Risiko von Arbeitslosigkeit sinkt. Darüber hinaus zeigt sich, dass bei einem höheren Abschluss insgesamt eine größere gesellschaftliche Teilhabe festzustellen ist. Deshalb ist es auch wichtig, die Potenziale in einer Region zusammenzufassen, um dann besser gestalten zu können.

(Beifall bei der SPD)

Um die gesamte Bildungsbiografie eines Menschen von der Krippe, von der Kita über die Grundschule und die weiterführenden Schulen, den Einstieg in Beruf und Studium bis in die beruflich orientierte Weiterbildung optimal begleiten und bestmöglich unterstützen zu können, ist die Verzahnung von Bildungseinrichtungen mit Konzepten der Stadtteil- bzw. Quartierentwicklung notwendig. Nicht nur, aber in besonderem Maße tragen auch die Ganztagsschulen dazu bei, auf kommunaler Ebene verlässliche Kooperations- und Vernetzungsstrukturen über diese Fach- und Systemgrenzen hinweg aufzubauen.

Die große Chance, die in einer gemeinsam getragenen Verantwortung für die Bildung in einem Schulquartier oder in einer Region steckt, ist überall erkannt. Ich weiß, dass diese Ganztagsschulen, sofern sie denn vorhanden sind, in einer Region auch schon sehr gut miteinander kooperieren.

Durch den Auf- und Ausbau von Bildungsregionen ist mit einer Stärkung dieser regionalen Strukturen zu rechnen, indem insbesondere die Bildungschancen für Risikogruppen steigen und dem Fachkräftemangel wirksam begegnet werden kann. Bildung ist eben ein extrem wichtiger Standortfaktor geworden, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb misst die Landesregierung nicht nur den Ganztagsschulen, sondern vor allem auch den Bildungsregionen in Niedersachsen eine große Bedeutung bei und wird die Entwicklung dieser Bildungszusammenschlüsse auch unterstützen. Die Landesregierung wird für die Arbeit der staatlichen kommunalen Verantwortungsgemeinschaften in den Bildungsregionen - so kann man das wohl nennen - ein Rahmenkonzept ausarbeiten und natürlich die kommunalen Spitzenverbände hieran beteiligen. Ich bin froh, dass es gelungen ist, im Rahmen der „Zukunftsoffensive Bildung“ auch die Bildungsregionen mit insgesamt 1,9 Millionen in den nächsten vier Jahren besser auszustatten und zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Bernd Lynack, SPD-Fraktion. Sie haben das Wort, Herr Lynack. Bitte sehr!

Bernd Lynack (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben in Ihren Antworten mehrfach von einem Faktor X gesprochen. Können Sie diesen Faktor X bitte näher erläutern und insbesondere auch darstellen, wie sich dieser auf das Schuljahr 2014/2015 auswirken wird?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin. Frau Heiligenstadt, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die finanziellen Rahmenbindungen sind sozusagen vorgegeben. Wir haben einen unterfinanzierten Kultushaushalt übernehmen müssen, in dem viele Maßnahmen von der Vorgängerregierung angekündigt wurden, aber leider nicht durchfinanziert waren, meine Damen und Herren. Das ist natürlich sehr ärgerlich.

Deshalb können wir die Ausstattung der Ganztagsschulen nicht so wie gewünscht - eigentlich

von heute auf morgen - zu 100 % vornehmen. Wir haben uns an die entsprechenden Haushaltsrahmen, die für uns alle zugrunde liegen, zu halten. Den finanziellen Rahmenbedingungen entsprechend, wird zukünftig ein prozentualer Faktor X auf die Berechnungsmethode für die Lehrerstundenzuweisung für den Ganztagsbetrieb nach Ziffer 5.1 des sogenannten Klassenbildungserlasses angewendet. Die Landesregierung beabsichtigt - natürlich vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushaltes durch das Hohe Haus -, im Schuljahr 2014/2015 einen Faktor von voraussichtlich 60 % des vollen Ganztagszuschlags an Lehrerstunden gemäß Ziffer 5.1 dieses Klassenbildungserlasses anzuwenden.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich will ein Beispiel nennen. Eine vierzügige Grundschule, die bisher nach Ziffer 8.2 des Ganztagserlasses als offene Ganztagsschule genehmigt worden war und bisher mit einem beschränkten Zusatzbedarf in Höhe von 20 Stunden ausgestattet war, könnte dann bei einer Teilnehmerquote von über 90 % der Schülerinnen und Schüler und in Abhängigkeit von den angewählten Tagen - rund ein Drittel der Schülerinnen und Schüler nimmt an mehr als drei Tagen das Ganztagsangebot wahr - insgesamt sogar über 80 Lehrerstunden erhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Daran sehen Sie, dass das hinsichtlich der besseren Ausstattung dieser Schulform ein Quantensprung für jede einzelne Schule sein wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit diesem schülerbezogenen Zuschlag haben wir vor allen Dingen auch die Flexibilität erreicht, die notwendig ist, wenn die Zahl der Schüler ansteigt, die das Ganztagsangebot wahrnehmen. Auch die Starrheit des bisherigen klassengebundenen Zuschlags war immer ein Problem für die Ganztagsschulen, das wir jetzt im Sinne der Schulen lösen werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Politze von der SPD-Fraktion. Herr Politze, Sie stellen damit Ihre zweite Zusatzfrage. Bitte sehr!

Stefan Politze (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Frau Ministerin, Sie haben von der alten Landesregierung des Herrn McAllister einen noch nie dagewesenen Rechtsstreit mit der Deutschen Rentenversicherung geerbt, in dessen Zuge die zu tätigenden Nachzahlungen quasi stündlich anwachsen. Wie wird sich der Rechtsstreit aus Ihrer Sicht weiterentwickeln, und wie ist dieser Rechtsstreit vernünftig beizulegen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Politze, in der Tat: Ich glaube, was wir bezüglich der Honorarverträge in Niedersachsen vorgefunden und sozusagen mit übernommen haben, sucht durchaus seinesgleichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung führt deshalb derzeit Gespräche mit der Deutschen Rentenversicherung über eine Verständigung hinsichtlich des Umgangs mit den fehlerhaften Honorarverträgen der Vergangenheit. Hierbei wird sich zeigen, ob eine außergerichtliche Lösung gefunden werden kann.

Aufgrund der bislang konstruktiv verlaufenden Gespräche sind die Hauptsacheverfahren vor den Sozialgerichten derzeit ruhend gestellt, sodass wir momentan nicht befürchten müssen, dass uns weitere, neue Bescheide ereilen. Ein Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes wird jetzt durch Rücknahme des Antrages seitens des Landes beendet werden.

Lassen Sie mich ergänzen: Ich habe deutlich gemerkt, dass sich insbesondere die Atmosphäre der Gespräche mit der Deutschen Rentenversicherung seit dem 19. Februar 2013 sehr positiv verändert hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Immerhin ist jetzt auch für die Deutsche Rentenversicherung deutlich, dass wir auf einem positiven Weg hinsichtlich der Finanzierung der Ganztagsschulen sind, da wir nämlich eine gute und solide Basis für die Ausstattung der Ganztagsschulen in Niedersachsen auf den Weg bringen. Ich bin sicher, dass wir eine einvernehmliche Regelung mit der Deutschen Rentenversicherung in der nahen Zukunft finden werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt die Kollegin Ina Korter von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das wird Ihre zweite Zusatzfrage sein.

Ina Korter (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Kultusministerin gerade hier etwas im Hause verkündet hat - offensichtlich von weiten Teilen des Hauses unbemerkt -, worauf wir neun Jahre lang gewartet haben, dass nämlich endlich die „Ganztagsschulen light“ in Niedersachsen vernünftig ausgestattet werden und rechtssichere Verträge kriegen

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

- eine unglaubliche Kraftanstrengung des Haushaltsgesetzgebers, von dem wir hoffen, dass alles so beschlossen wird -, frage ich die Landesregierung - weil es an der Stelle Verunsicherung gibt -: Wird auch für die neuen Integrierten Gesamtschulen der Aufwuchs an Ganztagsmitteln für alle Jahrgänge, die bis jetzt schon eingerichtet sind, vorgesehen und zugewiesen - oder nur für die fünften Jahrgänge, wie das einige befürchten?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Korter. - Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Korter, wir werden keinen großen Unterschied bezüglich der Ausstattung der Ganztagsschulen machen. Ich habe ja deutlich gemacht, dass wir jetzt die Ausstattung nach dem Klassenbildungserlass vornehmen.

Die Berechnungen, die der mittelfristigen Finanzplanung und auch dem kommenden Haushaltsjahr zugrunde liegen, gehen von der bisherigen Ausstattung in den einzelnen Schulformen aus. Wir werden auch die bisher eingerichteten neuen Integrierten Gesamtschulen nach diesem Klassenbildungserlass mit dem Faktor X ausstatten können. Das wird nicht aufwachsend geschehen, sondern das wird für alle vorhandenen Jahrgänge - die sind zum Teil sehr unterschiedlich - geschehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Heiner Scholing von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das ist ebenfalls seine zweite Zusatzfrage.

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass unser Schulwesen nicht nur vor der Herausforderung steht, Ganztagsschulen weiterzuentwickeln, sondern auch vor der mindestens ebenso großen Herausforderung, die Inklusion weiterzuentwickeln, frage ich die Landesregierung: Sehen Sie Zusammenhänge zwischen diesen beiden Bereichen? Oder anders: Erwarten Sie von einer verbesserten Ausstattung der Ganztagsschule positive Effekte für die Inklusion?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Scholing, selbstverständlich erwarten wir durch die bessere Ganztagsschulausstattung, die ja über den ganzen Tag Wirkung entfalten wird, Verbesserungen für alle Schülerinnen und Schüler, für die Lehrkräfte, für die Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner und auch im Übrigen für Schulträger, meine Damen und Herren.

Die bessere Ausstattung wird es ermöglichen, dass wir jedes Kind individueller fördern können, weil man im Rahmen der anderen Rhythmisierung des Ganztages auch eine ganz andere Struktur des Tagesablaufs erreichen kann. Ich bin sicher, dass die bessere Ausstattung dann auch der Inklusion zugute kommen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Menge. Sie haben das Wort.

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Ministerin, haben alle Schulformen die Möglichkeit, sich als offene, gebundene oder teilgebundene Ganztagsschule zu organisieren?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Menge. - Für die Landesregierung antwortet die Kultusministerin.

(Jens Nacke [CDU]: Der ganze Tisch ist voll mit vorbereiteten Antworten!)

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Menge, die Anträge können zukünftig für alle Schulformen je nach Organisationsform - wie sie das wünschen - gestellt werden.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Allerdings möchte ich noch einmal deutlich machen, dass die Ausstattung - d. h. wie eine Ganztagsschule von den Ressourcen her ausgestattet wird - nichts damit zu tun hat, wie sie sich organisiert.

Es ist also vor allen Dingen erst einmal wichtig, dass wir uns von den Ressourcen her extrem gut aufstellen und die Unterfinanzierung endlich beheben. Wenn die Schule diese bessere Ausstattung hat, kann sie - ich denke jetzt an die vorhandenen Ganztagsschulen - auch im Rahmen der Veränderung ihres pädagogischen Konzepts oder aber auch - wenn es um neue Ganztagsschulen geht - bei der Erstellung des pädagogischen Konzepts überlegen, ob sie offen, teilgebunden oder gebunden vorgehen will.

Ich weise allerdings auch darauf hin, dass wir im Moment aufgrund der Finanzlage des Landes trotz der erheblichen Kraftanstrengungen, die wir in den nächsten Jahren gemeinsam vornehmen werden - mit 260 Millionen Euro zusätzlich -, erst einmal keine 100-prozentige Vollausstattung erreichen können, sondern lediglich eine 60-prozentige Vollausstattung. Wir peilen voraussichtlich 60 % an. So muss man das formulieren.

Das ist natürlich in den nächsten Jahren sukzessive zu steigern, sodass sich die pädagogischen Konzepte dieser Schulen noch besser anpassen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Frage - es ist ihre zweite - stellt die Abgeordnete Doris Schröder-Köpf.

Doris Schröder-Köpf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage die Ministerin vor dem Hintergrund der Elternwünsche, die Sie gerade ausgeführt hat: Wie ist eigentlich der Ausbaustand in den jeweiligen Schulformen?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Schröder-Köpf, zum Schuljahresbeginn 2013/2014 ist die Zahl der Ganztagsschulen insgesamt auf rund 1 600 gestiegen, d. h. über 50 % der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen halten ganztägige Angebote vor.

Die aktuellen Daten - also die Auguststatistik 2013 für den Ausbaustand in der jeweiligen Schulform - liegen leider noch nicht vor. Im Folgenden kann ich Ihnen allerdings ein paar Daten bezüglich der Septemberstatistik 2012 nennen.

Gesamtschulen sind zu 100 % Ganztagsschulen, die Oberschulen hatten mit Schuljahresbeginn 2012/2013 einen Ausbaustand von 93 % erreicht, gefolgt von den Hauptschulen mit 82 % aller Hauptschulen und von den Gymnasien mit 78 % aller Gymnasien, die als Ganztagsschule ausgestattet sind.

Einen mittleren Ausbaustand weisen mit 55 % die Realschulen und mit 43 % die Förderschulen - ohne die Förderschulen Geistige Entwicklung - auf.

Grundschulen bilden mit einem Ausbaustand von 38 % noch das Schlusslicht. Zum Schuljahr 2013/2014 sind jedoch 80 % der 136 Neuanträge auf Errichtung der Ganztagsschule von Grundschulen gestellt worden. Die tatsächlichen Daten der Auguststatistik liegen, wie gesagt, noch nicht vor; die werden wir erst im Dezember haben. Aber wenn man die neugenehmigten Ganztagsschulen hinzurechnet, liegt der aktuelle Ausbaustand bei den Grundschulen bei 50 %.

Die Zahl der am Ganztag teilnehmenden Schülerinnen und Schüler aller Schulformen belief sich im Jahr 2012 auf 35 %, sodass hier sicherlich noch ein entsprechender Ausbaubedarf zu erkennen ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ebenfalls seine zweite Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Claus Peter Poppe von der SPD-Fraktion.

Claus Peter Poppe (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war in der Vergangenheit häufig von den „Ganztagsschulen light“ die Rede, und das ist auch heute der Fall. Gemeint sind immer Schulen mit einer unzureichenden Minimalausstattung. Gibt es eigentlich - über das Gefühl hinaus, dass das unzureichend ist - Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen der Organisationsform und der Wirkungsweise von Ganztagsschulen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Frau Ministerin Heiligenstadt!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Poppe, die bisher umfassendste Untersuchung zur Wirkungsweise von Ganztagsschule ist die Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen - StEG genannt - der Justus-Liebig-Universität Gießen, des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund, des Deutschen Jugendinstituts und des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung.

Nach KMK-Definition werden gebundene Ganztagsschulen - d. h. alle Schülerinnen und Schüler sind zur Teilnahme am Ganztag verpflichtet - von teilweise gebundenen Ganztagsschulen und offenen Ganztagsschulen unterschieden. Auch wenn in der Öffentlichkeit wiederholt argumentiert wird, dass sich die Wirkung von Ganztagsschulen nur in der gebundenen - d. h. verpflichtenden - Form entfalten kann, konnte auch in dieser Studie bislang kein Einfluss der Organisationsform auf die Wirkungsweise von Ganztagsschulen festgestellt werden.

Allerdings setzt diese Studie voraus, dass jede Organisationsform optimal mit Ressourcen ausgestattet ist. Das ist in Niedersachsen nicht der Fall gewesen. In Niedersachsen ist das Problem, dass die sogenannte offene Ganztagsschule unterfinanziert war. Diese Unterfinanzierung beheben wir jetzt, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Genau!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Seine ebenfalls zweite Zusatzfrage stellt der Kollege Höntsch von der SPD-Fraktion.

Michael Höntsch (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unterstützt die Landesregierung das Bestreben, die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, das die Schulsozialarbeit unterstützen soll, auch über das Jahr 2013 den Ganztagsschulen zukommen zu lassen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Höntsch, die Schulsozialarbeit ist zweifellos ein ganz wichtiger Bestandteil und vor allem ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung und Förderung von Schülerinnen und Schülern auch in einer Ganztagsschule. Nicht ohne Grund haben sozialdemokratisch geführte Bundesländer Anfang 2011 im Rahmen der Verhandlungen des Vermittlungsausschusses über die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets darauf gedrungen,

dass im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets auch die Finanzierung von Schulsozialarbeit in den Kommunen durch zusätzliche Mittel des Bundes ermöglicht wird. Immerhin sind 400 Millionen Euro im Rahmen dieser Verhandlungen erstritten worden.

(Zustimmung bei der SPD)

Leider läuft die Finanzierungszusage der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP - der „Noch-Bundesregierung“ muss man ja sagen - Ende 2013 aus. Die Kultusministerkonferenz hat daher mit Beschluss vom 16. Mai 2013 die Bundesregierung dazu aufgefordert, die dauerhafte Weiterfinanzierung der Mehraufwendungen für das Mittagessen in Horten und für die Schulsozialarbeit weiterhin sicherzustellen.

Die Schulsozialarbeit trägt maßgeblich zur Verwirklichung der vom Bundesverfassungsgericht geforderten vollständigen Sicherstellung des Existenzminimums bei. Die Niedersächsische Landesregierung tritt daher wie die Kultusministerkonferenz für die Weiterführung der Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Bundesregierung auch über das Jahr 2013 hinaus ein. Es gibt auch eine entsprechende Bundesratsinitiative, die wir selbstverständlich mit unterstützt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die FDP-Fraktion stellt der Kollege Försterling eine Zusatzfrage.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie soll der Ausbau der Ganztagsschulen eigentlich gegenfinanziert werden?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Försterling, die niedersächsische „Zukunftsoffensive Bildung“ umfasst drei Schwerpunkte. Neben vielen weiteren zusätzlichen Maßnahmen, die wir aus dem Kultushaushalt finanzieren, werden wir mit rund 420 Millionen Euro diese drei Schwerpunkte unterstützen.

Der erste Schwerpunkt umfasst den Ausbau der frühkindlichen Bildung mit 80 Millionen Euro. Den zweiten Schwerpunkt bildet der Ausbau der Ganztagsschule mit 260 Millionen Euro. Der dritte Schwerpunkt beinhaltet deutliche Qualitätsverbesserungen wie z. B. den Ausbau der Schulpsychologie, die Stärkung der Schulinspektion und vor allem den Ausbau der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Damit holen wir vieles nach, was von der Vorgängerregierung leider nicht entsprechend mit Ressourcen ausgestattet worden ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie wissen allerdings auch - das ist beim letzten Plenum ja nicht zu übersehen gewesen -, dass wir im Rahmen der Finanzierung der „Zukunftsoffensive Bildung“ rund 1 Milliarde Euro - im Vergleich zu diesem Haushaltsjahr sind das pro Jahr 250 Millionen Euro - zusätzlich im Haushalt ausweisen. Viele weitere Maßnahmen wie z. B. die Verkleinerung der Klassen und der Aufwuchs der Zahl der Krippenplätze sind darin ja auch enthalten. Zwei Maßnahmen gehen auf Beschlüsse zum Thema Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an Gymnasien zurück.

Erstens werden wir die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte an Gymnasien um eine Stunde von 23,5 auf 24,5 Stunden erhöhen, sofern dieses Haus den Haushalt in der vorgelegten Form beschließen wird.

Zweitens haben wir die Altersermäßigung für Lehrkräfte in der Größenordnung von einer Stunde zusätzlich ab dem 55. Lebensjahr und in der Größenordnung von einer Stunde zusätzlich ab dem 60. Lebensjahr zunächst einmal ausgesetzt. Wir haben sie u. a. auch deshalb ausgesetzt, weil die Vorgängerregierung die immerhin rund 1 000 zusätzlichen Vollzeitlehrereinheiten leider nicht in der Mipla abgesichert hatte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn ich vor der Entscheidung stehe, ob ich Lehrkräfte im Alter von 55 oder 60 Jahren eine Stunde weniger unterrichten lassen kann oder ob ich zunächst einmal arbeitsrechts- und sozialversicherungsrechtswidrige Zustände an niedersächsischen Ganztagsschulen behebe, dann muss ich als Niedersächsische Kultusministerin auf jeden

Fall erst einmal dafür sorgen, dass auf dem Arbeitsmarkt Recht und Ordnung wiederhergestellt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese beiden Umschichtungen innerhalb des Entwurfs des Kultushaushalts sind der Landesregierung weiß Gott nicht leicht gefallen. Das sage ich immer deutlich. Wir haben einen sehr hohen Respekt vor der Leistung unserer Lehrkräfte. Wir sind uns auch ihres hohen Engagements deutlich bewusst. Gleichwohl halten wir die Entscheidung, im Rahmen der „Zukunftsinitiative Bildung“ die Ausstattung der Ganztagsschulen und die Qualität des Unterrichts zu verbessern und die frühkindliche Bildung auszubauen, für notwendig. Damit wird ein für viele unhaltbarer Zustand an den Ganztagsschulen beendet. Es ist dringend an der Zeit, die Ganztagsschulen so auszustatten - zumindest stufenweise -, wie sie ausgestattet werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Seine zweite Zusatzfrage stellt jetzt der Kollege Christoph Bratmann von der SPD-Fraktion.

Christoph Bratmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Welche Veränderungen sind in Bezug auf die Möglichkeiten geplant, die die Schulen zum Abschluss von Verträgen im Ganztagsbereich haben?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Bratmann, grundsätzlich soll das Betreuungspersonal an Ganztagsschulen, sofern es sich nicht um Lehrkräfte handelt, zukünftig nur noch über Arbeitsverträge eingestellt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Honorarverträge werden nur noch in eng umgrenzten rechtlich zweifelsfreien Ausnahmefällen abgeschlossen werden dürfen. Das Instrumentarium der Kooperationsverträge werden wir aber weiterhin grundsätzlich bestehen bleiben lassen. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organisationen wollen wir fortführen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat jetzt der Kollege Jörg Hillmer von der CDU-Fraktion.

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass Sie, Frau Ministerin, hier eben ausgeführt haben, dass Sie die Ausweitung des Ganztagsschulbereichs auch mit einer Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrer an den Gymnasien gegenfinanzieren wollen, frage ich Sie: Wie wird sich die Lehrerarbeitszeit - aufgeteilt in einen unterrichtlichen und in einen außerunterrichtlichen Teil - durch diese Maßnahme verändern?

(Zustimmung bei der CDU - Ina Korter [GRÜNE]: Das haben wir schon im Kultusausschuss gehabt!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Hillmer, ich habe ausgeführt, dass sich die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte an Gymnasien mit einer entsprechenden Änderung der Arbeitszeitverordnung von 23,5 auf 24,5 Stunden pro Woche erhöhen wird, sofern der Landtag im Dezember den Haushalt entsprechend verabschiedet. Das bedeutet, dass die Arbeitszeit der Lehrkräfte an Gymnasien auf das Niveau z. B. der Arbeitszeit der Lehrkräfte an den niedersächsischen Integrierten Gesamtschulen angehoben wird. Die Arbeitszeit für Lehrkräfte beträgt wie die Arbeitszeit für alle anderen Landesbeamten insgesamt 40 Stunden pro Woche.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Eine Zusatzfrage stellt jetzt die Kollegin Astrid Vockert von der CDU-Fraktion.

Astrid Vockert (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass Sie, Frau Ministerin, ausgeführt haben, dass Sie im Jahr 2014 für den Ganztagsschulbereich 23 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen würden und gleichzeitig für Recht und Ordnung sorgen wollten, frage ich Sie: Welche zusätzlichen Mitteln stehen tatsächlich zur Verfügung, wenn Sie dagegenrechnen müssen, dass keine Honorarverträge mehr - oder nur in einem geringem Umfang -, sondern nur noch Arbeitsverträge abgeschlossen werden sollen? Wie viel bleibt dann von den 23 Millionen Euro unter dem Strich tatsächlich übrig?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Ministerin, bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Kollegin Vockert, auch in diesem Jahr werden natürlich Honorarverträge und Kooperationsverträge rechtlich einwandfrei abgeschlossen, sodass ich davon ausgehe, dass die Budgets auch ordnungsgemäß eingesetzt werden. Wir setzen 23 Millionen Euro zusätzlich im Haushaltsjahr 2014 für die bisher 1 200 genehmigten offenen Ganztagsschulen ein, die nur nach Nr. 8.2 des Erlasses ausgestattet worden sind. Das ist eine deutlich bessere Ausstattung mit Ganztagsmitteln, als das bisher je der Fall gewesen war. Es ist in vielen Fällen eine Verdoppelung des Ganztagszuschlags. Das Beispiel einer vierzügigen Grundschule hatte ich genannt.

Die Mittel, also rund 23 Millionen Euro, bleiben gleich, sie verändern sich nicht, ob ich Arbeitsverträge, Honorarverträge oder Kooperationsverträge abschließe.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke. - Seine zweite Zusatzfrage stellt der Kollege Försterling von der FDP-Fraktion.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eine Frage zur Gegenfinanzierung durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte von 23,5 auf 24,5 Stunden. Die Ministerin hat ja eben ausgeführt, dass die Wochenarbeitszeit wie für alle Landesbeamten 40 Stunden beträgt. Das macht einen Jahreswert von 1 768 Arbeitsstunden, die sich in Unterrichtszeiten und in außerunterrichtliche Zeit aufteilen. Wenn jetzt die Unterrichtszeit erhöht wird, dann muss, damit die 1 768 Stunden nicht überschritten werden, die außerunterrichtliche Zeit bei den Gymnasiallehrkräften reduziert werden. Ich frage daher die Landesregierung: Wird Sie an die Gymnasiallehrkräfte appellieren, aus Arbeitsschutz- und Gesundheitsschutzaspekten ihre außerunterrichtliche Tätigkeit zu reduzieren, oder geht Sie davon aus, dass die Gymnasiallehrkräfte gar nicht 1 768 Stunden pro Jahr arbeiten?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Frau Ministerin Heiligenstadt antwortet.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Försterling, die Arbeitszeit der Lehrkräfte teilt sich in unterrichtende Arbeitszeit und in außerhalb des Unterrichts stattfindende Arbeitszeit auf. Bei Lehrkräften werden z. B auch die Ferien und die unterrichtsfreien Tage in diese Gesamtberechnung mit einbezogen.

Es ist gute Praxis aller bisherigen Landesregierungen gewesen, die unterrichtsfreie Zeit nicht aufzuteilen, sondern dies der freien Einteilung der Lehrkräfte zu überlassen, die das im Übrigen bisher immer sehr verantwortungsvoll wahrgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der Situation der Belastung der Lehrkräfte, insbesondere an Gymnasien, möchte ich deutlich machen, dass wir zu erheblichen Entlastungen für Lehrkräfte an Gymnasien in der Zukunft beitragen, indem wir u. a. die Fortführung der Verkleinerung der Klassenteiler an niedersächsischen Gymnasien finanzieren, was in Ihrem Haushalt überhaupt nicht finanziert war, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem ist eine hohe Belastung an den Gymnasien für die Lehrkräfte durch die Einführung des G 8 im Hauruckverfahren eingetreten, d. h. ohne entsprechende Anpassung und Vorbereitung der Lehrkräfte. Es hat Jahre gedauert, bis überhaupt einigermaßen eine Unterstützung seitens der Landesregierung für die Lehrkräfte in Bezug auf das

G 8 für die niedersächsischen Gymnasien erfolgt ist. Das hat jetzt zu einer sehr hohen Belastung an den niedersächsischen Gymnasien geführt. Außerdem werden wir im Rahmen des Dialogforums „Gymnasien gemeinsam stärken“ über verschiedene Wege zum Abitur - G 8 oder G 9? - diskutieren. Ich könnte dazu weitere Einzelheiten ausführen, denke aber, dass das vom Gegenstand der Frage zum Thema Ganztagsschule nicht mehr abgedeckt ist. Weitere Antworten auf Fragen hinsichtlich der Arbeitsbelastungen sind Ihnen im Kultusausschuss sehr ausführlich in der letzten Sitzung vorgetragen worden.

(Björn Försterling [FDP]: Das stimmt nicht!)

Eine weitere Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes an niedersächsischen Gymnasien werden wir dadurch vornehmen, dass wir die Arbeitspsychologie an den niedersächsischen Schulen im Rahmen der Landesschulbehörde stärken werden und damit auch für bessere Gesundheits- und Arbeitsbedingungen an den niedersächsischen Schulen, die auch den niedersächsischen Gymnasien zugutekommen, sorgen werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Das Wort hat der Kollege Lammerskitten von der CDU-Fraktion für eine Zusatzfrage.

Clemens Lammerskitten (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten bei uns in der Gemeinde ein sehr attraktives Angebot im Bereich der Ganztagsschule. Die Kolpingjugend hatte Kurse angeboten, bei denen man einen Jugendleiterausweis erwerben konnte. Warum ist nach den Handreichungen für den Ganztagsschulbereich ein solches Angebot zukünftig nicht mehr möglich?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet die Frau Kultusministerin.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Lammerskitten, der Erwerb der Juleica ist leider keine Landesaufgabe, sondern er wird über andere Landesförderungen finanziert. Es würde eine Doppelfinanzierung an den Schulen stattfinden, wenn diese Kurse von Kräften des Ganztagsbereichs angeboten würden.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Herr Seefried von der CDU-Fraktion stellt eine Zusatzfrage. Bitte schön!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Ministerin, Sie stellen im Haushaltsplan 2014 rund 6,4 Millionen Euro für die Kompensation der Studiengebühren, die aus dem Kultusetat finanziert werden müssen, zur Verfügung. Im Jahr darauf, im Jahr 2015, wird es mindestens der doppelte Betrag sein. Ich frage vor diesem Hintergrund die Landesregierung: Wie viele offene Ganztagsschulen hätten von diesen 6,4 Millionen Euro in Niedersachsen neu gegründet werden können? Wie viele teilgebundene Ganztagsschulen hätten mehr gegründet werden können? Wie viele gebundene Ganztagsschulen hätten in Niedersachsen mehr gegründet werden können?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Ministerin, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Niedersächsische Landesregierung hat ihren Schwerpunkt im Bereich der Bildung bei der Haushaltsplanaufstellung 2014 deutlich gemacht. Wir verbessern nicht nur die Situation der Bildung an Niedersachsens Schulen, sondern wir verbessern auch die Situation der Bildung für niedersächsische Studentinnen und Studenten.

(Beifall bei der SPD)

Die Gegenfinanzierung der Studiengebühren ist ein Kraftakt im niedersächsischen Landeshaushalt. Wir sind uns aber sicher, dass es die richtige Entscheidung ist, die Priorität im Bereich der Bildung sowohl im Hochschulbereich als auch im Bereich der niedersächsischen Schulen zu setzen. Die deutliche Schwerpunktsetzung für den Bereich Bildung ist ein rot-grünes Markenzeichen.

(Beifall bei der SPD - Petra Tiemann [SPD]: So ist es!)

Spekulationen „Wie viele Ganztagsschulen hätten genehmigt werden können, wenn ...?“ muss ich, glaube ich, nicht beantworten. Ich kann Ihnen al-

lerdings deutlich machen, dass mit der „Zukunftsoffensive Bildung“ in Niedersachsen erstmalig die Ganztagsschulen so gut ausgestattet werden, wie es dem Klassenbildungserlass entspricht, und zwar mit einer stufenweisen Ausstattung, beginnend mit voraussichtlich 60 %. Das ist in Niedersachsen noch nie der Fall gewesen. Wir machen damit einen deutlichen Sprung für über 1 200 Ganztagsschulen in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vor allen Dingen auch keinen Unterschied dabei gemacht, welche Schulformen zukünftig die Form der Ganztagsschule beantragen können. Deswegen bin ich mir sicher, dass wir auch in Zukunft weitere Ganztagsschulen werden ausstatten können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Herr Kollege Hillmer für die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort zu einer Zusatzfrage. Bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Ministerin hier ausgeführt hat, dass die Gesamtarbeitszeit der Lehrer an den Gymnasien nicht erhöht werden soll,

(Ina Korter [GRÜNE]: Warum fragen Sie nicht nach der Arbeitszeit der Grundschullehrer?)

aber die unterrichtliche Arbeitszeit erhöht wird und damit ja eine konkrete Aussage mit Blick auf die Reduzierung der außerunterrichtlichen Arbeitszeit verbunden ist, frage ich die Landesregierung: Machen Sie den Lehrkräften in irgendeiner Weise konkrete Vorgaben, oder stellen Sie Verbote auf? Sagen Sie ihnen, in welchem Bereich sie ihre außerunterrichtliche Arbeitszeit reduzieren sollen oder nicht reduzieren dürfen, z. B. hinsichtlich der Zahl der Elterngespräche oder der Durchführung von Klassenfahrten?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Frau Ministerin Heiligenstadt antwortet. Bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Hillmer: Nein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Eine Zusatzfrage stellt jetzt die Kollegin Bertholdes-Sandrock für die CDU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Herr Präsident! Frau Ministerin, bei einer konstanten Arbeitszeit von 40 Stunden muss bei einer Erhöhung der unterrichtlichen Verpflichtung von 23,5 auf 24,5 Stunden rein rechnerisch und rein logisch die außerunterrichtliche Tätigkeit reduziert werden. Ich frage daher die Landesregierung: Auf welche konkreten Tätigkeiten sollten Ihrer Meinung nach die Lehrkräfte am ehesten verzichten, damit sie nicht mehr arbeiten müssen? Dass der Hinweis auf die Ferien nicht reicht, ist ja wohl klar; denn dann könnte man die Stundenanzahl ja auch auf 25,5 erhöhen.

Meine zweite Frage an die Landesregierung bzw. die Ministerin ist: Bisher erstellte Gutachten gehen von 48 bis über 50 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer aus. Planen Sie Empfehlungen dazu, welche Tätigkeiten generell gestrichen oder reduziert werden sollten, damit der Rahmen von 40 Stunden in der Woche erhalten bleibt und man nicht nebulös auf die Ferienzeiten hinweisen muss?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Kollegin Bertholdes-Sandrock. Das waren, wie Sie selbst festgestellt haben, zwei Fragen. Dazu waren Sie auch berechtigt. - Jetzt antwortet die Frau Ministerin.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Bertholdes-Sandrock, ich möchte noch einmal deutlich machen, dass es an den niedersächsischen Schulen infolge der qualitätsverbessernden Maßnahmen im Rahmen der Zukunftsoffensive Bildung sehr große Entlastungen geben wird.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe vorhin in meiner Antwort ausgeführt, dass wir z. B. die Verkleinerung der Klassen an den niedersächsischen Gymnasien weiter fortsetzen. Und wenn die Klassen kleiner werden, dann sind auch weniger Arbeiten zu korrigieren. Auch das trägt zur Entlastung von Gymnasiallehrkräften bei.

(Zustimmung bei der SPD - Petra Tiemann [SPD]: Genau!)

Wir haben auch den Ansatz für Lehrerfort- und -weiterbildung deutlich erhöht.

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]: Noch mehr Arbeit!)

So bekommen die Lehrer Instrumente an die Hand, um bestimmte Unterrichtsmethoden anzuwenden, die eventuell auch zu einer Entlastung beitragen können.

Wir werden im Rahmen des Dialogforums „Gymnasien gemeinsam stärken“ u. a. über die Reduzierung der Anzahl der Klausuren an den niedersächsischen Gymnasien, aber auch über die Einbringungsverpflichtungen der Schülerinnen und Schüler diskutieren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Multiple Choice!)

Wir werden im Übrigen keinen Unterschied bei den Schulformen bezüglich einer besseren Ausstattung von Ganztagsschulen machen. Ich habe vorhin ausgeführt, dass in den letzten Jahren 78 % der niedersächsischen Gymnasien als Ganztagsschulen an den Start gegangen sind. Das bedeutet: Auch die niedersächsischen Gymnasien würden eine deutlich bessere Stundenzuweisung im Rahmen des Ganztags erhalten, und das würde zu einer Entlastung an den Gymnasien beitragen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und zu der zweiten Frage, ob wir Empfehlungen planen, sage ich einfach: Nein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]: Solche Antworten können Sie den Schülern nicht geben!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Bode für die FDP-Fraktion. Bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung in ihrem Stufenplan immer von einer Verdreifachung der Mittel für die Ausstattung von Ganztagsschulen spricht, habe ich mir den Haushaltsplan angeschaut und festgestellt, dass für 2013/2014 rund 107 Millionen Euro eingestellt sind. Vor dem Hintergrund, dass eine Verdreifachung dieser Mittel einen Betrag von 321 Millionen Euro ausmachen würde, bitte ich die Landesregierung, einmal darzustellen, in welchen Haushaltsjahren und in welcher Höhe Sie weitere zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen und wie Sie bei der Addition dieser zusätzlichen Mittel auf rund 321 Millionen Euro kommen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Frau Ministerin Heiligenstadt hat das Wort zur Antwort. Bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Bode, das will ich gerne tun und dazu die Antwort auf die Frage eines Kollegen von vorhin wiederholen.

In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir folgende Umschichtungen zugunsten des Ganztagsbetriebs vorgesehen: für das Haushaltsjahr 2014 23 Millionen Euro, für das Haushaltsjahr 2015 62 Millionen Euro, für das Haushaltsjahr 2016 78 Millionen Euro, für das Haushaltsjahr 2017 96,2 Millionen Euro. Das macht insgesamt 259,2 Millionen Euro.

Sie haben die 107 Millionen Euro für die niedersächsischen Ganztagsschulen insgesamt angesprochen. Wir haben in Niedersachsen zurzeit rund 1 600 Ganztagsschulen. Davon sind 400 voll ausgestattet - im Übrigen überwiegend aus sozialdemokratisch regierten Zeiten, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD - Björn Försterling [FDP]: Das kann gar nicht sein! Wir hatten 150, als wir 2003 die Regierung übernommen haben!)

- Im Übrigen einen Teil aus sozialdemokratisch regierten Zeiten.

(Christian Dürr [FDP]: Ein kleiner Teil! - Petra Tiemann [SPD]: Voll ausgestattet!)

- Voll ausgestattet.

1 200 Ganztagsschulen sind nach Nr. 8.2 des Erlasses mit dem entsprechenden geringeren Zuschlag ausgestattet.

Die angesprochenen 107 Millionen Euro teilen sich in etwa wie folgt auf: rund 70 Millionen Euro für die 400 ausgestatteten Ganztagsschulen und rund 37 Millionen Euro für die 1 200 als offene Ganztagsschulen ausgestattete Schulen. Mit Blick auf diese 37 Millionen Euro und den erhöhten Ansatz von 23 Millionen Euro im nächsten Jahr können Sie sehen, wie sich die Ausstattung für diese 1 200 Ganztagsschulen erhöht. Wir werden den Ansatz für die offenen Ganztagsschulen in Niedersachsen verdreifachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt die Kollegin Petra Tiemann für die SPD-Fraktion.

Petra Tiemann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch vor dem Hintergrund der Frage, die der Kollege Kai Seefried gestellt hat, stelle ich der Landesregierung folgende Frage: Inwiefern könnten denn noch höhere finanzielle Mittel in zukünftige Haushalte eingestellt werden, wenn es nicht die Altlasten der schwarz-gelben Regierung geben würde?

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Ich habe Sie eben akustisch schlicht und ergreifend nicht vollständig verstanden, deswegen frage ich noch einmal nach: Ich gehe davon aus, dass Sie darauf abzielen, welche finanzpolitischen „Baustellen“ im Kultushaushalt hinterlassen worden sind?

(Petra Tiemann [SPD]: Ja!)

Das ist leider eine ganze Menge gewesen. Ich habe schon einen Aspekt angesprochen: Alleine die vorgesehene Altersermäßigung für Lehrkräfte hätte im nächsten Jahr rund 50 Millionen Euro ausgemacht, meine Damen und Herren. Das ist natürlich nicht zu finanzieren, jedenfalls nicht bei den derzeitig gegebenen Haushaltsrahmenbedingungen.

Ich möchte auch noch kurz etwas zu meiner Antwort auf die Frage von Herrn Bode zur Verdreifachung des Ansatzes für die offenen Ganztagsschulen ergänzen:

Zurzeit sind die offenen Ganztagsschulen mit klassenbezogenem Zuschlag - wenn sie eine Ausstattung nach Klassenbildungserlass bekommen - in etwa zu 25 % ausgestattet. Am Ende der mittelfristigen Finanzplanung gehen wir in einer stufenbezogenen Ausstattung von im nächsten Jahr voraussichtlich 60 % der Ausstattung nach Klassenbildungserlass aus. Danach versuchen wir, entsprechend dem Eingang der Anträge jedes Jahr 5 % besser auszustatten - wir müssen sehen, wie viele Schülerinnen und Schüler die entsprechenden Angebote nutzen -, sodass wir am Ende auf eine Ausstattung von 75 % nach Klassenbildungserlass kommen. Das wäre dann eine Verdreifachung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Herr Dr. Hocker, Sie haben das Wort für eine Zusatzfrage. Bitte schön!

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen, Frau Ministerin, frage ich die Landesregierung, mit wie vielen neuen Ganztagsschulen Sie vor dem Hintergrund der Mipla 2015 bis 2017 und des Haushalts 2014 pro Jahr rechnen.

Vielen Dank.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Dr. Hocker. - Frau Ministerin, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Bei den vorgenommenen Berechnungen der besseren Ganztagsausstattung gehen wir zunächst

einmal davon aus, dass in den nächsten Jahren ca. 300 zusätzliche Anträge gestellt werden.

(Zuruf von Dr. Gero Hocker [FDP])

- Für den gesamten Zeitraum.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Frau Kollegin Vockert, Sie haben das Wort für Ihre zweite Zusatzfrage.

Astrid Vockert (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Kultusministerin ausgeführt hat, dass sie sich in den Bereich der außerunterrichtlichen Arbeitstätigkeit nicht einmischen wird, sondern die Lehrer diese Entscheidung selbst zu treffen haben, und vor dem Hintergrund, dass sich einige Schulen entschieden haben, auf Klassenfahrten zu verzichten, wofür sie auf Kritik aus der Öffentlichkeit stoßen, frage ich die Landesregierung: Wird sich diese Ministerin bei Entscheidungen, die die Lehrkräfte - mit Ihrem Einverständnis! - eigenverantwortlich treffen, hinter die Lehrkräfte stellen und auch einmal öffentlich darlegen, dass Sie als Dienstherrin dies entsprechend befürwortet?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ina Korter [GRÜNE]: Dass sie keine Klassenfahrten machen, kann sie wohl kaum befürworten!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Frau Ministerin, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Vockert, ich halte es nicht für zielführend, wenn eine durchaus politische Auseinandersetzung auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern ausgetragen wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Das war keine Antwort auf die Frage! - Björn Försterling [FDP]: Ich halte es auch nicht für gut, wenn die Ministerin auf dem Rücken der Lehrer glänzen will! - Astrid Vockert [CDU]: Sie lässt die Lehrer im Stich!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, der Kollege Bode hat das Wort zu seiner zweiten Zusatzfrage. Bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Heiligenstadt, nach der eben gegebenen Antwort, in der Sie die Mittel für offene Ganztagsschulen auf derzeit 37 Millionen Euro beziffert haben und wonach sich die Verdreifachung auf diese Basiszahl beziehen soll, komme ich bei einer solchen Verdreifachung auf rund 120 Millionen Euro. Vor dem Hintergrund, dass Sie des Weiteren gesagt haben, dass im letzten Jahr 96 Millionen Euro dazu kommen, bedeutet dies, dass bei dem Ziel Ihres Stufenplanes allein die Verbesserung der bestehenden offenen Ganztagsschulen die Verdreifachung der Mittel komplett auffressen würde. Vor dem Hintergrund der Antwort auf die Frage des Kollegen Hocker, dass Sie jedes Jahr 100 zusätzliche offene Ganztagsschulen bewilligen wollen, bitte ich Sie, mir darzustellen, wie Sie diesen Widerspruch auflösen und wo das Geld dafür dann herkommen soll.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ina Korter [GRÜNE]: Sie hat gesagt: insgesamt 300! Nicht immer alles verdrehen!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Bode. - Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Bode, wir haben im Bereich der Ganztagsausstattung nicht ausschließlich Lehrkräfte, sondern auch pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So haben wir z. B. in dem Ansatz noch rund 11 Millionen Euro für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entsprechend umgerechnet würden und auf den Gesamtansatz obendrauf kämen. Somit werden wir eine sehr deutliche Verbesserung in der Ausstattung der Ganztagsschulen vornehmen, meine Damen und Herren, wie es sie in Niedersachsen noch nicht gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Dr. Hocker, auch Sie haben das Wort zu Ihrer zweiten Zusatzfrage. Bitte schön!

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, vor dem Hintergrund Ihrer Antwort von eben, dass in Ihrer Planung in den nächsten drei Jahren im Durchschnitt pro Jahr 100 zusätzliche Ganztagsschulen vorgesehen sind, frage ich Sie, nach welchem Prinzip, nach welchen Schwerpunkten und nach welcher Schulform Sie die Bewilligungen erteilen wollen, wenn es mehr als diese 100 Anträge per annum bzw. mehr als diese 300 Anträge in den drei Jahren gibt.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort. Bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Hocker, wir werden natürlich die entsprechenden Anträge abwarten. Im Moment ist ein sehr hoher Ausbauzustand - von über 50 % - erreicht. Von daher müssen wir sehen, wie sich die Antragslage insgesamt entwickelt. Wir haben die Zahlen auf der Basis von 300 Neuanträgen berechnet und werden schauen, wie sich die Antragslage in den einzelnen Jahren entwickelt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Herr Seefried, Sie haben das Wort für Ihre zweite Zusatzfrage.

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der Aussage der Ministerin, dass sie es nicht befürwortet, dass durchaus politische Fragen auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen werden, frage ich die Ministerin, wie sie eigentlich selbst mit der Frage umgeht: Können Sie selbst überhaupt noch in den Spiegel schauen,

(Zurufe bei der SPD: Oh!)

wenn Sie Ihre sogenannte Zukunftsoffensive auf dem Rücken unserer Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen austragen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Frau Ministerin, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Seefried, die Zukunftsoffensive Bildung in Niedersachsen ist ein Quantensprung in der Ausstattung der Ganztagsschule,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

ist eine deutliche Verbesserung im Bereich der frühkindlichen Bildung, in dem wir noch Platz- und Quantitätszahlen nachholen müssen, die Sie nicht erreicht haben, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und ist eine deutliche Finanzierung von mehr Qualität und mehr Beratung und Unterstützung unserer niedersächsischen Schulen und damit auch der niedersächsischen Lehrkräfte.

(Beifall bei der SPD)

Für diese deutliche Schwerpunktsetzung werden in den nächsten Jahren im Vergleich zu diesem Jahr jeweils im Durchschnitt - das ist in den Jahren immer etwas unterschiedlich - rund 250 Millionen Euro zusätzlich im Kultushaushalt investiert.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass der Ausbau der Ganztagsschule nicht ausschließlich auf die Unterrichtsverpflichtungserhöhung für Gymnasiallehrkräfte und die Altersermäßigung für alle Lehrerinnen und Lehrer zurückzuführen ist. Nein, diese Niedersächsische Landesregierung gibt in den nächsten drei bis vier Jahren deutlich mehr in den Kultushaushalt und für Bildung aus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Das Wort hat Herr Kollege Grascha, FDP-Fraktion, zu seiner ersten Zusatzfrage. Bitte schön!

Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass die Ministerin hier dargestellt hat, dass sich die Mittel bei der offenen Ganztagsschule verdreifacht haben, sie dem Haus bisher aber immer unterschiedliche Antworten über die Berechnungsmethode gegeben hat, frage ich sie: Wie ist die Berechnung dieser

Verdreifachung der Mittel nun definitiv zu verstehen?

(Beifall bei der FDP - Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Das ist aber schon einmal dargelegt worden!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Grascha, wir statten die niedersächsischen Ganztagsschulen eindeutig besser aus. Damit erhalten Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen insgesamt deutlich mehr Ressourcen für Ganztagsschule, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine deutliche Stundenausweitung. Ich habe es Ihnen erläutert: Zurzeit beträgt die Zuweisung an die niedersächsischen Ganztagsschulen bei klassenbezogener Zuweisung rund 25 %. Das ist natürlich pro Schule unterschiedlich, je nach Anzahl der Klassen. Jetzt werden wir schülerbezogen zuweisen und tagbezogen berechnen. Damit kommen wir am Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu einer Verdreifachung der Ausstattung der niedersächsischen Ganztagsschulen.

(Beifall bei der SPD - Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Sehr schön!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage stellt der Kollege Strümpel, SPD-Fraktion.

Uwe Strümpel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, könnten Sie den Kollegen Bode und Grascha einmal Nachhilfe dahin gehend erteilen, dass sich die Verdreifachung nicht auf Haushaltstitel bezieht, sondern auf die Ausstattung der Schulen? Von 25 auf 75 %, um das ganz genau zu sagen.

(Beifall bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Ist er jetzt der Kultusminister?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Ministerin, müssen Sie noch antworten? Der Kollege hat sich die Antwort ja eigentlich selber gegeben. Bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident, ich kann die Antwort des Herrn Strümpel bestätigen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD - Björn Försterling [FDP]: Dann lassen Sie den doch gleich antworten!)

- Das Spiel geht aber anders, Herr Försterling; das wissen Sie. Wenn man geschickt ist, macht man das so.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass keine weiteren Zusatzfragen zu dieser ersten Mündlichen Anfrage im Rahmen der Fragestunde vorliegen. Ich stelle darüber hinaus fest, dass wir deutlich mehr als die planmäßige eine Stunde verbraucht haben. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Die Antworten der Landesregierung zu den Anfragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben. [1]

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 35:
Erste Beratung:
Internationalisierung der niedersächsischen Hochschulen voranbringen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/574

Zur Einbringung des Antrags erteile ich dem Kollegen Ulf Prange, SPD-Fraktion, das Wort.

Ulf Prange (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass wir in Niedersachsen die Internationalisierung unserer Hochschulen voranbringen. Ich selbst durfte während meines Studiums im Rahmen des ERASMUS-Programms einen Auslandsaufenthalt in Frankreich verbringen. Vor dem Hintergrund meiner persönlichen Erfahrungen, die ich dort gemacht habe, kann ich dies jedem Studenten nur empfehlen. Es geht nicht allein darum, eine Sprache zu erlernen bzw. die Sprachkompetenz in ei-

[1] *Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 62, die nicht in der 18. Sitzung des Landtages am 27.09.2013 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/610 abgedruckt*

ner anderen Sprache zu verbessern oder - wie in meinem Fall - ein anderes Rechtssystem kennenzulernen, sondern es geht auch darum, Land und Leute sowie Kultur und Lebensart eines anderen Landes kennenzulernen, und es geht um den interkulturellen Austausch.

(Beifall bei der SPD)

Internationalisierung beschränkt sich aber nicht auf Auslandsaufenthalte von Studierenden und Lehrenden sowie auf den Ausbau von Kooperationen mit europäischen und außereuropäischen Hochschulen. Genauso wichtig ist die Schaffung eines internationalen Campus und die Etablierung einer Willkommenskultur an unseren Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Die Rahmenbedingungen an unseren Universitäten haben sich in den letzten Jahren durchgreifend verändert. Der Bologna-Prozess hat gemeinsame europäische Standards definiert. Dies erleichtert die Vergleichbarkeit und Anerkennung von Studienabschlüssen und einzelnen Modulen. Auf der anderen Seite hat Bologna aber auch zu einer Verdichtung der Lehr- und Lernprozesse geführt, was wiederum zu einer höheren Belastung der Studierenden geführt hat, was den einen oder anderen abhalten mag, Auslandsaufenthalte zu absolvieren.

Dennoch ist es so, dass die Zahl der Auslandsaufenthalte deutscher Studierender zwischen 1999 und 2009 gestiegen ist. Sie hat sich verdoppelt. 1999 kamen auf 1 000 Studierende an inländischen Hochschulen 31 deutsche Studierende an Hochschulen im Ausland. Diese Zahl betrug 2009 bereits 62.

Für diejenigen, die keinen Auslandsaufenthalt absolvieren, bietet der Ansatz der Internationalisierung zu Hause u. a. durch die Integration internationaler Bezüge ins Curriculum und die Etablierung einer Lehr- und Lernkultur, die die zunehmende Heterogenität der Studierenden berücksichtigt, die Möglichkeit, auch an unseren Hochschulen in Niedersachsen internationale und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben.

Ich will nicht verschweigen, dass die FDP-Fraktion zum Thema Internationalisierung der niedersächsischen Hochschulen bereits vor einigen Monaten einen Antrag eingebracht hat. In dem Antrag wird das Thema Internationalisierung aber leider im Wesentlichen auf Wirtschaftsförderung reduziert. Die Lehre und der interkulturelle Austausch spielen nur am Rande eine Rolle. Auf bestehende Internationalisierungsstrategien, die es in Niedersachsen schon gibt, wird nicht Bezug genommen. Es werden thematische Vorgaben gemacht, die sich nicht mit der Autonomie der Hochschulen in Einklang bringen lassen.

Es besteht sicherlich Konsens darüber, dass wir unsere Hochschulen auf dem Weg zu mehr Internationalisierung unterstützen wollen. Unsere konkreten Vorstellungen dazu, wie diese Zielsetzung umgesetzt werden kann, bringen wir mit dem vorliegenden Antrag ein. Wir konkretisieren damit das, was wir, Rot-Grün, in der Koalitionsvereinbarung zu diesem Punkt festgelegt haben.

Die GWK hat im April 2013 einstimmig eine Strategie für die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland beschlossen. In der gemeinsamen Zielvorstellung heißt es unter dem Punkt „Strategische Internationalisierung der einzelnen Hochschulen“, dass Bund und Länder die Hochschulen bei der Entwicklung hochschuleigener Internationalisierungsstrategien unterstützen. Daran anknüpfend, wird die Landesregierung mit dem vorliegenden Antrag gebeten, im Rahmen des Hochschulentwicklungsvertrags eine intensivere Internationalisierung zu vereinbaren. Die meisten niedersächsischen Hochschulen verfügen bereits über hochschuleigene Internationalisierungsstrategien bzw. arbeiten an entsprechenden Konzepten. Dabei gehen sie unterschiedliche Wege. Teilweise werden die Konzepte aus den Hochschulen entwickelt, teilweise werden externe Partner konsultiert.

Eine verstärkte internationale Ausrichtung unserer Hochschulen stärkt durch den Austausch von Wissen und Erfahrungen Lehre und Forschung in Niedersachsen und damit zugleich Niedersachsen zugleich als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort.

(Beifall bei der SPD)

Internationalisierung darf aber nicht nur als Wirtschaftsförderung begriffen werden, sondern soll im Austausch mit internationalen Partnern insbesondere auch Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen wie den Klimawandel, den demografischen Wandel oder die zunehmende Individualisierung unserer Gesellschaft geben. Uns geht es um einen ganzheitlichen Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich an Internationalisierung im Hochschulbereich denke, fällt mir als gelungenes Beispiel die European Medical School Oldenburg-Groningen ein. Dieses deutsch-niederländische Projekt, das

alle hier im Haus vertretenen Parteien gemeinsam auf den Weg gebracht haben, ist mit seinem länderübergreifenden Profil einzigartig in Europa und sicherlich ein Vorzeigeprojekt bzw. zeigt Wege auf, wohin Internationalisierung gehen kann.

Die Zusammenarbeit unserer Hochschulen mit internationalen Partnern ermöglicht nicht nur den Austausch von Wissen und Erfahrungen, sondern steht auch für interkulturellen Dialog und Austausch. Es geht darum, Internationalisierung als komplexen und ganzheitlichen Prozess zu verstehen, der interkulturelle, internationale und globale Dimensionen in der Lehre und Forschung berücksichtigt. Dabei stehen nicht nur grenzüberschreitende Kooperationen und Auslandsaufenthalte im Fokus, sondern es geht auch um hochschulinterne Aktivitäten, wie sie sich aus dem Ansatz der Internationalisierung zu Hause ergeben.

Konkret wollen wir - selbstverständlich unter Beachtung der Hochschulautonomie - die rechtlichen Rahmenbedingungen der Internationalisierung verbessern, Studium und Lehre weiter internationalisieren, interkulturelle Lehr- und Lernkonzepte weiterentwickeln, die Internationalisierung der Curricula voranbringen, englischsprachige Lehrangebote ausweiten, Austauschprogramme mit internationalen Partnern ausbauen, mehr Studiengänge mit internationalen Abschlüssen anbieten, die Forschung durch den Ausbau internationaler Forschungskooperationen stärken, eine verstärkte Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen fördern und ausländische Studierende hier in Niedersachsen durch den Ausbau von Mentorenprogrammen und weiterer Angebote unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dies wird zu einer weiteren Steigerung der internationalen Attraktivität des Hochschulstandorts Niedersachsen führen. Wichtig ist uns dabei insbesondere auch, dass die Studierenden im weiteren Internationalisierungsprozess unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Hochschule eingebunden werden und dass die gesetzlichen Vorgaben zur Gleichstellung dabei umgesetzt werden.

Ich freue mich auf die weitere Beratung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Prange. - Im Rahmen der Beratung hat jetzt die Kollegin Almuth von Below-Neufeldt von der FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun lassen Sie sich mal wieder zum Jagen bzw. zum Regieren tragen, und zwar von uns Liberalen.

(Lachen bei der SPD)

Schön, dass wir Ihr Impulsgeber sein durften, und das ganz ohne Beratervertrag!

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Für Ihren Antrag haben Sie sich kaum die Mühe gemacht, etwas Eigenes zu produzieren. Wir gaben den Anstoß, und Sie haben Ihren Antrag kurzerhand an das Strategiepapier der Wissenschaftsministerkonferenz vom 12. April 2013 in Berlin angelehnt.

Auch ansonsten ist Ihr Antrag zur Internationalisierung hier im Landtag eine Überraschung. Im Ausschuss haben wir unseren Antrag beraten, übrigens sehr einvernehmlich. Nun kommt Ihr Änderungsantrag direkt ins Plenum. Den haben wir vorher gar nicht gesehen.

Internationalisierung ist übrigens aus meiner Sicht Mitwirkung der Wissenschaft auf der internationalen Bühne. Wissenschaft ist Motor für Innovation. Das haben wir gestern ganz ausführlich im Rahmen des Antrages zu Horizon 2020 besprochen; da waren wir uns alle einig.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, internationale Bemühungen gibt es Niedersachsen schon viele Jahre. Der Studierendenaustausch mit dem Technion in Israel läuft z. B. seit über 30 Jahren.

Unser Antrag ist übrigens besser. Er ist gar nicht so allgemein gehalten wir Ihrer. So allgemein muss ein Antrag auf Bundesebene sein. Auf Landesebene kann man sich doch nicht ernsthaft mit jeder Fakultät im Ausland im internationalen Wettbewerb messen wollen und überall sichtbar sein wollen.

Wir Liberalen haben auf gute und niedersachsenspezifische Wissenschaft abgestellt. Die hat viele Alleinstellungsmerkmale. Genau die haben wir unserem Antrag benannt. Um erfolgreich zu sein, ist es für uns doch am einfachsten, wenn wir unsere Stärken stärken, sichtbar machen und diese auf

der internationalen Bühne präsentieren. Genau das steht in unserem Antrag. Benannt sind z. B. Themen wie Mobilität und Agrarwirtschaft. Darin sind wir Niedersachsen stark. Das kann man immer wieder konzentriert nach außen darstellen. Schon das kostet Manpower und Geld.

Ergänzen Sie Ihren Antrag einfach um unsere besseren Punkte! Machen Sie Ihren Antrag erfolgreich! Ohne unsere guten Ideen wird das kaum gelingen. In diesem Fall teile ich übrigens gern. Denn das verhindert auch das von Ihnen so gerne gelebte Prinzip Gießkanne. Übernehmen Sie einfach wichtige Teile unseres Antrages! Wir waren ohnehin der Initiator. Deswegen möchte ich auch dafür sorgen, dass die Qualität optimiert wird.

Gern weise ich im Ausschuss noch einmal auf sehr wichtige Passagen hin. Ich freue mich auf die weitere Beratung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Dr. Siemer das Wort. Bitte schön!

Dr. Stephan Siemer (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Internationales Arbeiten und internationaler Wettbewerb haben den Fortschritt in der Wissenschaft und die Entwicklung von Zivilisationen schon früh bestimmt. Daher ist es wichtig und richtig, dass wir heute über dieses Thema sprechen.

Meine Kollegin Almuth von Below-Neufeldt hat bereits ausgeführt, dass wir vor sechs Monaten einen Antrag der FDP zu diesem Thema im Ausschuss hatten. Es gibt ja auch den besagten Beschluss der Wissenschaftsministerkonferenz. Mit Erlaubnis der Präsidentin werde ich die Überschriften der dort erwähnten neun Handlungsfelder zitieren: „Strategische Internationalisierung“, „Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen“, „Willkommenskultur“, „Etablierung eines internationalen Campus“, „Auslandsmobilität der Studierenden“, „Steigerung der internationalen Attraktivität des Hochschulstandorts Deutschland“, „Gewinnung exzellenter (Nachwuchs-)Wissenschaftler“, „Ausbau internationaler Forschungskooperationen“ und „Etablierung von Angeboten transnationaler Hochschulbildung“.

Diese neun Handlungsfelder können wir im Antrag von SPD und Grünen wort- bzw. inhaltsgleich nachlesen. Sechs Monate nach dem FDP-Antrag ist dies der erste Antrag von SPD und Grünen im Ausschuss. Was wollen uns die Regierungsfraktionen damit sagen?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Auch wir können im Internet recherchieren? Auch wir wissen, wie man ein Textverarbeitungssystem benutzt? Warum brauchen SPD und Grüne sechs Monate, um einen solchen Antrag zu erstellen, der inhaltsgleich mit den Ergebnissen der Wissenschaftsministerkonferenz ist? Warum brauchen sie so lange, um diesen Antrag zu erstellen?

Sie wollen sich offensichtlich mit aller Gewalt hinter einen fahrenden Zug werfen. Unser Kollege Jörg Hillmer hat im Ausschuss hat bereits gesagt: Liebe SPD, liebe Grüne, Sie müssen im Ausschuss fleißiger werden! - Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Internationalisierung unserer Hochschulen ist richtig und wichtig. In der Sache sind wir uns da einig. Niedersachsen ist übrigens auch in der Wissenschaft sehr gut aufgestellt. Dazu hat die Politik unserer Wissenschaftsminister Lutz Stratmann und Johanna Wanka entscheidend beigetragen. Ich möchte nur auf einige Beispiele in ganz Niedersachsen verweisen: das Forschungscluster Luft- und Raumfahrt in Braunschweig, die Gravitationswellenforschung und die Infektionsforschung hier in Hannover, CFK- und Lasertechnik in Stade und - ganz aktuell - die schon angesprochene European Medical School. Wir wünschen hier dem Dekanat unter Professor Dr. Erik Harms und Dr. Josef Lange, der als Staatssekretär im Wissenschaftsministerium die EMS immer schon begleitet hat, großen Erfolg bei der weiteren Entwicklung dieser Hochschule.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen fördert schon seit Langem die internationale Attraktivität unserer Hochschulen, u. a. mit den Mitteln aus dem VW-Vorab. Die Studierenden, Doktoranden und Postdoktoranden können deutschlandweit auf Stipendien zurückgreifen.

Der Kollege Prange hat das European Community Action Scheme for the Mobility of University Students angesprochen. Dieses ERASMUS-Programm fördert die Mobilität von Studierenden.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, DFG, vergibt Stipendien.

Die Alexander von Humboldt-Stiftung vergibt Stipendien an Postdoktoranden.

Über das Forschungsprogramm Horizon 2020 haben wir gesprochen.

Ich möchte hier als Beispiel auch das Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen nennen. Dort werden schon seit Langem Vorlesungen und Lehrstunden in Englisch gehalten. So trägt z. B. in der nächsten Woche Prof. Krishnakumar zum Thema „Velocity Slice Imaging in Electron-Molecule Collisions“ vor.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Toll!)

Solche Themen sind an niedersächsischen Hochschulen schon lange markant. Ich möchte damit den Punkt machen, dass die internationale Attraktivität von Hochschulen nicht nur von der Sprache und der Willkommenskultur abhängt, sondern von der Exzellenz unserer Hochschulen. Wenn wir diese Exzellenz in Forschung und Lehre weiter fördern, werden unsere Hochschulen für die Studierenden, Doktoranden und Postdoktoranden aus aller Welt attraktiv.

Wir sollten an dieser Stelle auch nicht verschweigen, dass einer weiteren Internationalisierung Barrieren entgegenstehen. Je nach dem zeitlichen Abschnitt des Studiums ist es für die Studierenden und Doktoranden schwerer, sich international auszurichten. Hier hilft auch nicht, dass sich Hochschulen zunehmend spezifisch profilieren, sodass ein Wechsel der Hochschule mit einem Zeitverlust verbunden ist.

Ich habe die Stipendienmöglichkeiten für Doktoranden und Postdoktoranden schon erwähnt.

Wir müssen auch konstatieren, dass die Internationalisierung in den verschiedenen Fächern unterschiedlich gut gelingt. Medizin, Naturwissenschaften und Musik sind sicherlich Fächer, die sich jetzt schon durch eine hohe Internationalität auszeichnen. Im Studium der Rechtswissenschaften und der Pädagogik dürfte es deutlich schwieriger sein, sich international auszurichten als z. B. im Fach Architektur. Übrigens sind auch gegenläufige Entwicklungen zu beobachten: In einigen Bereichen, z. B. im Medizinstudium, geht der Anteil der Studierenden, die ins Ausland gehen, aktuell eher zurück, vor allen Dingen in frühen Phasen des Studiums.

Eine weitere Anmerkung: Es wird im Antrag gesagt, dass wir das englischsprachige Angebot an den Hochschulen verbessern müssen. Das ist sicherlich richtig. Englisch ist die Lingua franca. Insofern werden Hochschulstandorte in Deutschland für ausländische Studierende gegenüber Hochschulstandorten in englischsprachigen Ländern wie den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Australien immer die zweite Wahl sein. Insofern müssen wir Wert auf Exzellenz in Lehre und Forschung legen, damit wir die Internationalisierung verbessern können.

Dies sind Punkte, die zum Teil auch in den Ausschussberatungen genannt wurden und in einen Gesamtantrag eingehen sollten.

Ich freue mich auf die weiteren Ausschussberatungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Zu einer Kurzintervention erteile ich nun Herrn Prange das Wort. Bitte!

Ulf Prange (SPD):

Liebe Frau von Below-Neufeldt, dass wir zum Jagen getragen werden müssen - - -

(Norbert Böhlke [CDU]: „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!“)

- Entschuldigung. Ich hatte ja eben schon gesprochen und setze da an.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Prange, Sie haben sich zu einer Kurzintervention zur Rede des Kollegen Dr. Siemer gemeldet!

Ulf Prange (SPD):

Ja, Entschuldigung.

Es geht darum, dass uns niemand zum Jagen tragen muss. Herr Kollege Siemer hat hier den Vorwurf in den Raum gestellt, es sei abgeschrieben worden. Dazu möchte ich jetzt etwas sagen.

Wir beziehen uns ausdrücklich auf die GWK-Beschlüsse. Es ist doch stringent, dass sie dann auch in den Antrag einfließen. Wir haben das Thema Internationalisierung in der Koalitionsvereinbarung klar benannt. Wir haben dann die Beschlüsse der GWK abgewartet.

(Jörg Hillmer [CDU]: Die war im April!)

Wir machen sie in unserem Antrag dergestalt zum Thema, dass wir die Landesregierung auffordern, diese Beschlüsse umzusetzen. Da vermag ich Ihre Kritik wirklich nicht nachzuvollziehen. Das sollte an dieser Stelle klargestellt werden.

Ich denke, es ist besser, einen solchen Antrag einzubringen, der fundiert ist, anstatt einen Schnellschuss zu machen, bei dem eine stringente Argumentation vielleicht nicht erkennbar ist, so wie es bei dem anderen Antrag der Fall ist.

Im Hinblick auf den Zeitpunkt der Einbringung habe ich schon gesagt, dass wir den Hochschulentwicklungsvertrag mit einbeziehen. Daraus ergibt sich die Antragstellung zum jetzigen Zeitpunkt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Dr. Siemer möchte antworten. Bitte!

Dr. Stephan Siemer (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich bin Ihnen für die Kurzintervention sehr dankbar. So kann man noch einmal deutlich machen: Das Papier von der Wissenschaftskonferenz datiert vom 12. April 2013. Dieses Datum - das ist für alle hier im Saal klar erkennbar - ist schon sehr lange vorbei.

Ich habe mir die Mühe gemacht, in Ihrem Antrag handschriftlich daneben zu schreiben, an welchen Stellen Sie die Punkte aus dem GWK-Papier inhaltsgleich wiederholt haben. In Ihrem Antrag steht demnach tatsächlich nichts Neues.

Unsere Kritik aus dem Ausschuss ist, dass dies seit Februar - man höre und staune - der erste Antrag von SPD und Grünen zu solchen Themen war, der im Wissenschaftsausschuss vorgelegt worden ist. Er geht inhaltlich nicht über ein Papier hinaus, das es schon im April gegeben hat. Was haben die Regierungsfraktionen seit April im Ausschuss gemacht? - Ich weiß es nicht. Vielleicht haben sie sehr gut geschlafen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Wir fahren nun in der Rednerliste fort. Der nächste Redner ist Herr Ottmar von Holtz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unser Geburtstagskind. Bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ottmar von Holtz (GRÜNE):

Schönen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Siemer, Frau von Below-Neufeldt, es ist vielleicht etwas anderes, wenn Sie aus der Opposition heraus ohne Ende Anträge stellen, ohne sie anschließend umsetzen zu müssen, als wenn man eine Wissenschaftsministerin hat, die gute Arbeit leistet, sodass man im Wissenschaftsausschuss nicht nacharbeiten muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jörg Hillmer [CDU]: Ach, hat sie den geschrieben?)

- Nein, den Antrag hat sie nicht geschrieben; den Antrag haben in der Tat wir geschrieben.

Frau von Below-Neufeldt hat gesagt, wir hätten im Ausschuss Übereinstimmungen. Wir haben im Ausschuss insofern Übereinstimmung, dass wir alle sagen: Die Internationalisierung an den Hochschulen ist ein wichtiges Thema. Aber wir haben hinsichtlich der Lesart Ihres Antrags keine Übereinstimmung, wonach die Internationalisierung hauptsächlich eine Angelegenheit der Wirtschaftsförderung und der Wettbewerbsfähigkeit ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Internationalisierung heißt - das steckt schon im Wort -: Zwischen den Kulturen gibt es weit mehr. Bei der Internationalisierung der Hochschulen sind Rahmenbedingungen nötig, die weit über Projekte und Kooperationen zwischen den Hochschulen der Länder hinausgehen. Das heißt vor allen Dingen, dass wir die Bedingungen für die Menschen aus anderen Ländern, die an den niedersächsischen Hochschulen studieren und später hier arbeiten wollen, verbessern wollen.

Ich möchte etwas zu der Strategie sagen, die die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz einstimmig beschlossen hat: Diese Internationalisierungsstrategie umfasst mehr als die besagte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Es gibt Zahlen, die besagen, dass sich 80 % der Menschen, die zum Studieren nach Deutschland kommen, wünschen, anschließend hier arbeiten zu können. Aber nur 26 % der Studierenden können dies umsetzen. Das heißt, wir haben hier eine Menge Nachholbedarf; es gibt hier Bedarf, die

Studierenden zu unterstützen. Wir brauchen Mentoringprogramme für ausländische Studierende, Anpassungen im Zuwanderungsrecht und Maßnahmen gegen Diskriminierung. Vor allem müssen wir den Menschen, die zum Studieren und Lehren nach Deutschland kommen, die Perspektive bieten, anschließend als Wissenschaftler oder Wissenschaftlerin hier arbeiten zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Niedersächsische Hochschulen haben eine Menge Zielvereinbarungen, in denen Internationalisierungsstrategien festgelegt sind. Das heißt, wir müssen solche Strategien gar nicht mehr einfordern. Was wir jetzt brauchen, ist, die Hochschulen dort zu unterstützen, wo es notwendig ist, damit sie diese Strategien auch umsetzen können. Diese Unterstützung geht weit über das hinaus, was die Hochschulen selber tun können; es hat mit den sonstigen Rahmenbedingungen zu tun. Deswegen haben wir unseren Antrag um diese Bereiche ergänzt. Wir wollen das Augenmerk darauf legen, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Hochschulen Internationalität leben können.

Die Landesregierung hat sich in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz entsprechend eingebracht. Ich bin mir sicher, dass sie die beschlossene Strategie gut umsetzen wird.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Zu einer Kurzintervention erteile ich nun Herrn Kollegen Hillmer das Wort. Bitte schön!

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr von Holtz, ich muss mich schon sehr wundern. Die FDP hat am 18. April dieses Jahres einen Antrag zur Internationalisierung der Hochschulen in den Landtag eingebracht. Wir haben darüber mindestens einmal im Ausschuss beraten.

Sie haben angekündigt, dazu einen Änderungsvorschlag vorzulegen. Das ist auch in Ordnung. So haben wir das eigentlich immer gehalten.

Völlig neu ist aber, dass man jetzt Änderungsvorschläge in die erste Beratung einbringt. Das zeigt mir eigentlich nur, dass Sie nicht nur in Ihrem Arbeitskreis - das betrifft die erste Entschließung -, sondern wahrscheinlich auch darüber hinaus einen Mangel an eigenen Beratungsgegenständen haben, sodass Sie jetzt schon Änderungsanträge in dieses Plenum tragen müssen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr von Holtz möchte antworten. Bitte schön!

Ottmar von Holtz (GRÜNE):

Herr Hillmer, der Antrag der FDP-Fraktion zielt uns zu spezifisch auf ein Thema ab. Wir haben uns dies im Arbeitskreis genau angeschaut und gesagt, dass wir zu diesem Antrag keinen Änderungsantrag erarbeiten können, sondern dass wir das Thema Internationalisierung an Hochschulen ganz anders verstehen und vollständig anders aufstellen wollen. Wir haben uns deswegen entschieden, einen eigenen Antrag einzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun die Wissenschaftsministerin, Frau Dr. Heinen-Kljajić, das Wort. Bitte!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, dass Internationalisierung inzwischen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen von enorm hoher Bedeutung ist, weil Wettbewerb zwischen Hochschulen nicht mehr auf regionaler, auch nicht auf nationaler, sondern auf internationaler Bühne stattfindet. Das gilt auch für das Anwerben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie von Studentinnen und Studenten.

Wichtig ist, dass Internationalisierung dabei kein Selbstzweck ist. Sicherlich geht es auch darum - dies hat die Kollegin von Below-Neufeldt angesprochen -, angesichts globaler Märkte internationale Kontakte zu knüpfen. Aber es geht vor allem darum - dies ist nur zu unterstreichen -, Hochschulen zum Motor für Toleranz und Weltoffenheit sowie für den interkulturellen Dialog zu machen. Ich glaube, das ist das eigentliche Ziel der Internationalisierungsstrategie von Hochschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Zahlen zeigen, dass unsere Hochschulen hier in Niedersachsen auch heute schon sehr gut aufgestellt sind.

(Zustimmung bei der CDU - Heiner Schönecke [CDU]: Wer hat's gemacht?)

Im Wintersemester 2012/2013 waren es 15 515 ausländische Studierende. Noch im Vorjahr lag Niedersachsen bei 14 923. Das heißt, wir haben hier seit Jahren eine steigende Tendenz.

(Zustimmung bei der CDU - Heiner Schönecke [CDU]: Sehr gut!)

Die haben wir in allen Bundesländern. Das ist nichts Niedersachsen-Spezifisches. Sie wird hoffentlich auch weiter ansteigen.

Zwischen niedersächsischen Hochschulen und internationalen Partnern bestehen über 2 000 institutionalisierte Kooperationen. Dabei geht es zum einen um die gegenseitige Anerkennung von Studien- oder Prüfungsleistungen und zum anderen um den Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern. Es geht, wie beim Beispiel EMS, manchmal sogar um gemeinsame Studiengänge, jedenfalls immer wieder auch um die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre.

Acht unserer Hochschulen haben übrigens bereits Internationalisierungsstrategien entwickelt. Die anderen Hochschulen sind noch dabei, diese zu planen oder umzusetzen. Die einzige Ausnahme ist die Musikhochschule in Hannover, weil aufgrund eines exorbitant hohen Anteils ausländischer Studierender das, was wir unter Internationalisierungsstrategie verstehen oder was die GWK an Maßnahmenbündeln aufgelegt hat, an der Stelle gar nicht greift und nicht passt.

Es gibt viele Stellschrauben, an denen Internationalisierung schon heute Teil der Qualitätsentwicklung ist. Das NHG schreibt vor, dass Ziele der Internationalisierung in die Zielvereinbarungen aufzunehmen sind. Darin wird auch die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der Austausch zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen als originäre Aufgabe der Hochschulen definiert.

In diesem Zusammenhang ist ganz zentral, dass es nicht *eine* Internationalisierungsstrategie geben kann - das in Ihre Richtung, Frau von Below-Neufeldt -, also dass sozusagen der Wunsch geäußert wird, uns mit einer gemeinsamen oder übergreifenden Niedersachsen-Strategie aufzustellen. Eine Internationalisierungsstrategie muss jede Hochschule für sich alleine entwickeln. Denn sie muss passgenau sein, und sie muss auch das berücksichtigen, was die Hochschule leistet.

Auch in Forschung und Lehre setzen wir in Niedersachsen Anreize, um die Internationalisierung voranzubringen. Wir haben das bei der leistungsbezogenen Mittelvergabe bereits drin. Über diese leistungsbezogene Mittelvergabe setzen wir insgesamt 3,2 Millionen Euro für Internationalisierung ein.

(Zustimmung von Filiz Polat [GRÜNE])

Die in dem Antrag formulierte Erwartung, Studierendenvertreter und Gleichstellungsbeauftragte zu beteiligen, finde ich sehr wichtig und hilfreich. Das ist an vielen Stellen auch schon Praxis, weil es Standard bei einem klugen Diversitymanagement ist. Ich finde, gerade wenn es um Belange des Studiums geht, wie Auslandsmobilität, englischsprachige Studienmodule oder die Internationalisierung studentischer Serviceeinheiten, gehört es einfach zur Qualitätsentwicklung dazu, dass auch Studierende mit einbezogen werden.

Von daher kann ich den Ansatz, das Thema Internationalisierung auch im Hochschulentwicklungsvertrag festzuschreiben, nur begrüßen. Das haben wir schon gemacht. Wir sind dieser Aufforderung bereits gefolgt. Dies wird sich im Hochschulentwicklungsvertrag wiederfinden.

Wichtig ist mir, an dieser Stelle festzuhalten, dass der Schlüssel jeder Internationalisierungsstrategie die Willkommenskultur ist. Hier haben wir, finde ich, auf Bundesebene einen enormen Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ist Deutschland unter den vier beliebtesten Ländern, wenn es darum geht, dass Studierende im Ausland studieren möchten - nur die USA und Großbritannien ziehen mehr ausländische Studierende an -, aber unsere Attraktivität sinkt. Wir haben zwar in absoluten Zahlen weiterhin eine Zunahme, weil international immer mehr Studierende, zumindest semesterweise, auch ins Ausland gehen. Aber in Prozentzahlen sinkt unser Anteil: 2005 wählten noch 10 % aller Studierenden weltweit Deutschland als Studienort. Heute sind es nur noch 6 %.

Hieran wird deutlich, dass jede Internationalisierungsstrategie der Hochschulen noch so bemüht sein kann, wenn die Willkommenskultur zwar an den Hochschulen stimmt, aber in der Gesellschaft, in die die Studierenden hineingehen sollen, eben nicht.

(Zustimmung von Filiz Polat [GRÜNE])

Da gibt es zwei große Problembereiche. Das ist erstens der Aufenthaltsstatus. Ausländische Studierende haben in Deutschland kaum Bleibeperspektiven. Dies hat einer meiner Vorredner schon angesprochen. Die gesetzlichen Regelungen über den Aufenthaltsstatus von Studierenden zeugen nicht von Willkommenskultur, sondern sind grundsätzlich eher als Abschreckungskultur zu verstehen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Richtig!)

Von daher haben wir dank einer schwarz-gelben Bundesregierung in den letzten Jahren keinen einzigen Schritt in Sachen Internationalisierung unserer Hochschulen weiterkommen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Der zweite Punkt betrifft die finanziellen Rahmenbedingungen. Die Zuverdienstregelungen müssen eindeutig verbessert werden. Es hat zwar schon einmal eine Verbesserung - ich glaube, im letzten Jahr - von 90 auf 120 Tage gegeben. Die Studentenwerke fordern aber zu Recht, dass die Studierenden 180 Tage im Jahr die Möglichkeit haben müssen, für den eigenen Lebensunterhalt dazuverdienen zu dürfen, zumal diese Zielgruppe im Regelfall kein BAföG bekommt.

In Richtung von Frau von Below-Neufeldt: Ich finde es zwar sehr begrüßenswert, wenn Sie sich hier für die Internationalisierung engagieren. Aber vielleicht hätten Sie Ihren Antrag auch einmal in Richtung Ihres FDP-Außenministers geben sollen. Er hat nämlich im jüngsten Bundeshaushalt die Mittel für die DAAD-Stipendien radikal gekürzt.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Hört, hört!)

Es werden künftig 1 000 Stipendien weniger sein. Da würde ich mir ein bisschen mehr Glaubwürdigkeit wünschen.

Bei aller Einigkeit: Internationalisierung ist eben doch mehr als das Reagieren auf den globalen Markt. Deshalb freue ich mich über das klare Bekenntnis zu einer Internationalisierungsstrategie, für Weltoffenheit und kulturellen Austausch und bin gespannt, wie Sie diese Anträge im Ausschuss beraten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Wir sind am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Sie haben so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 36:
Erste Beratung:
Natur und Landschaft in Niedersachsen - Das Landschaftsprogramm hat Priorität in der niedersächsischen Naturschutzstrategie - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/575

Zur Einbringung erteile ich das Wort Herrn Kollegen Janßen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

> „Die überörtlichen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege werden für den Bereich eines Landes im Landschaftsprogramm … dargestellt."

Das steht im ersten Absatz des § 10 des Bundesnaturschutzgesetzes.

Das zurzeit geltende Niedersächsische Landschaftsprogramm ist von 1989, mittlerweile also fast 25 Jahre alt. Ein so altes Planwerk ist naturgemäß nicht mehr geeignet, die Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen von Naturschutz und Landschaftspflege darzustellen. In der Zwischenzeit wurden Schutzgebiete nach europäischem Vogelschutzrecht und der FFH-Richtlinie abgegrenzt, die Wasserrahmenrichtlinie mit ihren Anforderungen an den Gewässerschutz ist hinzugekommen, die Nutzung der Landschaft hat sich völlig verändert. Maisäcker waren 1989 eher eine Seltenheit. Heute reden wir von der Vermaisung der Landschaft.

Viele Arten sind seitdem seltener geworden, einige Arten haben sich allerdings auch wieder erholt oder sind in Niedersachsen heimisch geworden, wie z. B. Wolf oder Uhu.

Auch der Naturschutz insgesamt hat sich verändert. Vor 25 Jahren stand der konservierende Naturschutz viel stärker im Mittelpunkt, während heute der Ansatz dahin geht, Naturschutz und Nutzung der Natur stärker miteinander zu verbinden.

Deshalb ist dieses Landschaftsprogramm keine Basis mehr, um die Belange von Natur und Landschaft als Grundlage für die Raumordnung und den Naturschutzplanung der Landkreise darzustellen. Meine Damen und Herren, es hätte schon längst, in der letzten oder vorletzten Wahlperiode, neu gefasst werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Naturräume, Schutzgebiete, Bäche und Flüsse halten sich nämlich nicht an Landkreisgrenzen. Insofern brauchen wir etwas, was darüber hinausgeht. Was wir brauchen, ist eine naturräumliche Orientierung der Gesamtplanung des Landes, eine Planung, die die Vernetzungen z. B. durch Gewässer oder Hecken zwischen den Natura-2000-Gebieten darstellt, so wie es die Natura-2000-Richtlinie auch erfordert, eine Planung, die die aus Landessicht wichtigen unzerschnittenen Räume identifiziert und die vor allem auch die Instrumente aufzeigt, mit denen wir die Schutzziele hinterher in Natur und Landschaft umsetzen können, um unser wertvolles Naturerbe hier in Niedersachsen angemessen schützen und entwickeln zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Filiz Polat [GRÜNE]: Sehr richtig!

Meine Damen und Herren, Niedersachsen ist ein landschaftlich sehr reiches Land, reich an Naturräumen und Arten, an ganz verschiedenen Landschaften: Es gibt das Wattenmeer und die Marschen mit ihrer großen Bedeutung für Wiesenbrüter und nordische Gänse, es gibt die Geestbereiche, großflächige Moore mit ihrer besonderen Flora, die waldreichen Höhenzüge des Teutoburger Waldes und des Wiehengebirges,

(Filiz Polat [GRÜNE]: Sehr schön!)

das Weserbergland und den Harz.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Auch schön!)

Diesen vielfältigen landschaftlichen Reichtum in Niedersachsen gilt es zu schützen und zu bewahren. Das tun wir und dies wollen wir auch mit dem vorliegenden Antrag von SPD und Grünen tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Allerdings müssen wir, meine Damen und Herren, beim Naturschutz in Niedersachsen fast wieder bei Null anfangen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Ja!)

Zehn Jahre FDP im Umweltministerium haben ihre Spuren hinterlassen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Da muss er selbst lachen!)

Die europäischen Schutzgebiete nach FFH und Vogelschutzrichtlinie sind zum Teil miserabel abgegrenzt, was uns jetzt gerade auf die Füße fällt. Die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie, gerade hinsichtlich des ökologischen Zustandes der Fließgewässer, werden bei Weitem verfehlt, wie wir gerade gestern diskutiert haben. Die Naturschutzverwaltung des Landes ist zusammengeschrumpft worden, und der Naturschutz hat insbesondere bei Herrn Sander bestenfalls als Popanz gedient, um sich als Sachwalter der Nutzerinteressen aufspielen zu können.

Meine Damen und Herren, Sie haben in den vergangenen zehn Jahren die Naturschätze dieses Landes ziemlich ramponiert, und das insbesondere im Naturschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb gehen wir jetzt auf „Neustart“. Wir werden in einem intensiven Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen eine niedersächsische Naturschutzstrategie erarbeiten, und wir werden diese Strategie in einem neuen Landschaftsprogramm räumlich und planerisch konkretisieren und abbilden, damit eine nachhaltige Politik zum Schutz unseres Naturerbes in Niedersachsen möglich wird und effizient umgesetzt werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Der nächste Redner ist Herr Brammer von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Axel Brammer (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Natur und Landschaft in Niedersachsen - Das Landschaftsprogramm hat Priorität in der niedersächsischen Naturschutzstrategie“ - mit diesem Antrag streben wir eine Neuauflage des Landschaftsprogramms an. Unsere Landschaft befindet sich aufgrund verschiedenster Einflüsse fortlaufend im Wandel. Das hat Auswirkungen auf die Natur und auch auf unsere Kulturlandschaft. Diesen Entwicklungen hat ein modernes Landschaftsprogramm Rechnung zu tragen. Drei wichtige Ziele des Landschaftsprogramms sind die Sicherung der Artenvielfalt, der Erhalt eines leistungsfähigen Naturhaushalts und der Erhalt eines naturraumtypischen Landschaftsbildes.

Das derzeitige Niedersächsische Landschaftsprogramm ist in die Jahre gekommen. Herr Janßen sagte es ja schon: Es ist vom 18. April 1989 und erfüllt nach fast 25 Jahren die eben beschriebenen Anforderungen schon lange nicht mehr. Seit Bestehen dieses Programms hat es zahlreiche gesetzliche Änderungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gegeben. Beispielhaft nenne ich Natura 2000, FFH-Richtlinie, aber auch das niedersächsische Waldgesetz. All diese Änderungen sind nach 1989 eingetreten und können im Landschaftsprogramm folgerichtig gar nicht abgebildet sein. Den Begriff „Klimaschutz“ sucht man vergeblich. Er kommt im alten Landschaftsprogramm überhaupt nicht vor. Hoch- und Niedermoorschutz kommen im alten Landschaftsprogramm vor, die Ausführungen hierzu müssen allerdings überarbeitet werden.

Das Landschaftsprogramm ist laut Naturschutzgesetz von der oberen Naturschutzbehörde aufzustellen, dann aber auch fortzuschreiben. Was unser Landschaftsprogramm angeht, wäre eine Fortschreibung schon vor zehn Jahren dringend erforderlich gewesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist zwischen 2003 und 2013 unter der schwarz-gelben Landesregierung liegen geblieben. Oder besser: Man hat es liegen lassen. Aber, meine Damen und Herren, vielleicht ist es auch gut so. Wer weiß, was unter dem seit 2003 amtierenden Umweltminister in ein solches Programm hineingeschrieben worden wäre.

(Zuruf von der FDP: Na, na! - David McAllister [CDU] - zur FDP -: Ihr werdet gerade beleidigt! - Gegenruf von Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das nehme ich gar nicht ernst! Da muss er auch lachen!)

Das wäre vielleicht noch hinter dem Programm von 1989 zurückgeblieben. Nicht auszudenken!

Aber wir fassen das jetzt an. Wir brauchen dieses Programm als Rahmen für alle zukünftigen Planungen, aber auch um einen Überblick zu bekommen, wo wir heute stehen. Welche Arten sind stark gefährdet bzw. vom Aussterben bedroht? Sind im Jahr 1989 aufgeführte Arten teilweise schon ausgestorben? Gerade das Thema „stark gefährdet“ bzw. „vom Aussterben bedroht“ sollte die Kolleginnen und Kollegen der FDP interessieren. Sie wissen seit vergangenem Sonntag, was es für ein Gefühl ist, von einem Tag zum anderen auf der Roten Liste der gefährdeten Arten zu stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Kein Schutz der Grünen!)

Ein kleiner, blau-gelber Schmetterling, vom Aussterben bedroht.

(Clemens Große Macke [CDU]: Mann, bist du witzig!)

- Herr Macke, der Unterschied ist:

(Clemens Große Macke [CDU]: Große Macke, bitte! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

In der Natur ist eine Art häufig durch den Einfluss des Menschen gefährdet. In der Politik ist das anders; da hat man selbst schuld. Meine Damen und Herren von der FDP, da kommt bei Ihnen wahrscheinlich ein ganz anderes Denken in Bezug auf den Artenschutz auf.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Es ist wie mit den Dinosauriern!)

Aber kommen wir zurück zum Thema.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag räumen wir jetzt eine Baustelle ab, die uns von der Vorgängerregierung überlassen wurde. Wie schon erwähnt: Das fassen wir jetzt an.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Brammer. - Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Kollegin Klopp das Wort. Bitte!

(Beifall bei der CDU)

Ingrid Klopp (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Landschaftsprogramm wird, wie bereits beschrieben, nach § 3 des Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz und nach § 4 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes von der obersten Naturschutzbehörde für den Bereich des Landes ausgearbeitet. Nach dem Bundesnaturschutzgesetz werden Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Rahmen der Landschaftsplanung überörtlich und örtlich konkretisiert und die Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele dargestellt und begründet. Im Bundesnaturschutzgesetz heißt es:

> „Die überörtlichen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege werden für den Bereich eines Landes im Landschaftsprogramm oder für Teile des Landes in Landschaftsrahmenplänen dargestellt."

> „Landschaftsprogramme können aufgestellt werden. Landschaftsrahmenpläne sind … aufzustellen, soweit nicht ein Landschaftsprogramm seinen Inhalten und seinem Konkretisierungsgrad nach einem Landschaftsrahmenplan entspricht."

Über dies hinaus werden Landschaftspläne nach § 6 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes von den Gemeinden im eigenen Wirkungskreis erstellt. Mit dem Leitfaden Landschaftsplan wird den planenden Gemeinden das erforderliche Instrumentarium für die Erarbeitung eines qualifizierten Landschaftsplans an die Hand gegeben, vor allem als Konzeption zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen in der Gemeinde, als Grundlage zur Berücksichtigung der Naturschutzziele in der Bauleitplanung und für die Sicherung der biologischen Vielfalt sowie für den Schutz von Boden, Gewässern, Klima im Gemeindegebiet und vieles mehr.

Das übergeordnete Planungsinstrument des Landes ist das bewährte Landes-Raumordnungsprogramm. Die Vorranggebiete für Natura 2000 sind im Landes-Raumordnungsprogramm festgeschrieben und werden in den Regionalen Raumordnungsprogrammen konkretisiert. Die Umsetzung der Natura-2000-Vorgaben liegt maßgeblich beim NLWKN und den Landkreisen.

Naturschutz kann nur funktionieren, wenn die Interessen aller Beteiligten gegeneinander abgewogen und in Einklang gebracht werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Grundsätzlich kann ein aktualisiertes Landschaftsprogramm dabei helfen, diese wichtige Funktion zu erfüllen, und einen wichtigen Beitrag zu sinnvollen Kompensationen leisten. Ein naturschutzfachliches Gesamtkonzept hat, wenn es gut und anwendbar ist, das Potenzial, die verschiedenen Interessen sinnvoll miteinander in Einklang zu bringen und die Landkreise bei der Umsetzung und Planung von Naturschutzmaßnahmen zu unterstützen.

Ein solches sinnvolles und nützliches Landschaftsprogramm zu erstellen, ist sehr aufwendig. Alle Beteiligten und Betroffenen müssen frühzeitig in den Prozess eingebunden werden. Naturschutz funktioniert nur in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsens Landschaft ist geprägt von seiner abwechslungsreichen und klein strukturierten Landwirtschaft. Insofern liegt hier also ein langer Weg vor uns, wenn wir das Landschaftsprogramm sinnvoll weiterentwickeln wollen. Wenn aber genau das das Ziel ist, wird die CDU-Fraktion dieses Vorgehen konstruktiv begleiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich warne allerdings dringend vor einer schlecht gemachten, einseitigen Fortschreibung des Landschaftsprogramms. Es darf nicht sein, dass hier mit viel Aufwand ein bürokratisches Monster geschaffen wird, das im besten Fall keinem nutzt. Im schlimmsten Fall aber würden Landkreise und Landwirte durch unrealistische Vorgaben geknebelt, und jeder weitere Dialog würde unmöglich gemacht.

Durch die Fortschreibung des Landschaftsprogramms darf es keine Lex Niedersachsen für den Naturschutz geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mir stellt sich die Frage: Warum jetzt das Landschaftsprogramm verändern? - Sind es die Kritik und die Forderung der Naturschutzverbände, dass Minister Wenzel den Naturschutz zur Chefsache machen muss? Ist das die Erklärung mit der dar-

aus resultierenden schnellen Entscheidung, eine Naturschutzstrategie und -konferenz abzuhalten? Oder ist es ein niedersächsischer Alleingang, um die ureigensten Ziele der Partei umzusetzen?

Minister Meyer hat gerade die Fortschreibung des Landes-Raumordnungsprogramms mit seinen Zielen auf den Weg gebracht. Bei der Fortschreibung des Landschaftsprogramms geht es darum, alle Beteiligten zu Wort kommen zu lassen, nicht nur, wie in Ihren Antrag gefordert, die Träger öffentlicher Belange, Umweltverbände und interessierte Öffentlichkeit, sondern auch Landwirtschaft, Grundeigentümer und Unternehmer.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich hoffe, dass dem Rechnung getragen wird.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Kollegin Klopp, entschuldigen Sie bitte. Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Bosse zu?

Ingrid Klopp (CDU):

Der kann mich später noch fragen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte, dann fahren Sie fort.

Ingrid Klopp (CDU):

Ich hoffe, dass dem Rechnung getragen wird - das wiederhole ich -; nicht, dass vonseiten des Landwirtschaftsministers mit weiteren Erschwernissen in der Landwirtschaft gerechnet werden muss! Landwirtschaft und Naturschutz gehören meines Erachtens untrennbar zusammen.

Mit den Worten eines ehemaligen Landwirtschaftsministers gesprochen: Naturschutz und Landschaftspflege sind nicht ausschließlich Aufgabe der Naturschutzbehörden und der Naturschutzverbände, sondern sie müssen verwurzelt sein im Bewusstsein der Bürger.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jeder einzelne kann und muss in seinem Lebensraum verantwortlich handeln gegenüber einer verletzlichen Natur. Gleichzeitig bedarf es einer Politik zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und einer breiten Grundübereinstimmung aller Beteiligten, auch der Landwirtschaft. Das muss unser aller Ziel sein.

Wir hoffen auf eine ausführliche Anhörung aller Beteiligten im Ausschuss und eine konstruktive Debatte, um den Naturschutz in Niedersachsen sinnvoll weiterentwickeln zu können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Dr. Birkner das Wort. Bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich erstens zu dem hier vorgelegten Antrag feststellen, dass wir im Naturschutzbereich, Herr Minister Wenzel, nun wirklich nicht an einem Regelungsdefizit leiden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben auf allen Ebenen naturschutzrechtliche Vorgaben. Ganz wesentlich wird die Naturschutzarbeit in Deutschland und in Niedersachsen durch die Umsetzung von Natura 2000 geprägt. Deshalb kommt dieser Antrag etwas irritierend daher, weil die Schwerpunkte und die Herausforderungen eigentlich an ganz anderer Stelle liegen, als sich über die Frage Gedanken zu machen, in welchem Umfang man ein Landschaftsprogramm auf den Weg bringt.

Der Antrag geht also an den eigentlichen Herausforderungen vorbei, die nämlich am Ende lauten müssen: Wie gelingt es, Natura 2000 in Niedersachsen ganz konkret in die Umsetzung zu bringen, durch die Landkreise, die unteren Naturschutzbehörden, die hierbei in der Verantwortung sind?

Zweitens möchte ich anmerken, dass sich die Landesregierung und die Regierungsfraktionen über Landschaftsprogramme Gedanken gemacht haben, obwohl die Frage, wohin die Landesregierung im Naturschutz steuern möchte, völlig unbeantwortet ist. Es wirkt etwas hilflos, wie Sie agieren, sich nämlich jetzt über Landschaftsprogramme Gedanken zu machen. Sie haben die materiellen, die inhaltlichen Fragen überhaupt nicht geklärt, sondern zu einem Seminar eingeladen. Da fällt Ihnen nach sieben bis acht Monaten Regierungszeit ein, dass man mal alle Betroffenen zusammenholt, um zu überlegen, wohin es mit dem Naturschutz gehen soll.

Das zeigt, dass dies eben kein Kernthema dieser Landesregierung und auch kein Kernthema im Umweltministerium ist.

Das zeigt sich auch daran, dass Sie die Naturschutzstrukturen geschwächt haben. Darüber haben wir in der letzten Legislaturperiode viel diskutiert. Als Erstes wird die Referatsgruppe Naturschutz aufgelöst und in die Wasserabteilung integriert. Auch im NLWKN werden Doppelstrukturen geschaffen. Das eine oder andere Mal kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass es eigentlich nur darum geht, unliebsame Personen kaltzustellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das sind Dinge, die den Zweifel aufkommen lassen, ob klar ist, was diese Landesregierung will. Auch deshalb kommt dieser Antrag überraschend und etwas irritierend daher, mit dem Sie sich jetzt um diese Programmatik kümmern.

Aber zum Landschaftsprogramm selbst: Was erreichen Sie mit einem Landschaftsprogramm? Wo ist also der konkrete Mehrwert? Das ist für mich eigentlich die entscheidende Frage. Wir haben Landschaftsrahmenpläne auf der Kreisebene. Wir haben die Landschaftspläne auf kommunaler Ebene, die jeweils auf dieser Ebene verpflichtend sind.

Das einzige Argument, das ich gelten lassen könnte, ist, dass man in den Bereichen, in denen man kreisübergreifend, Kommunalgrenzen überschreitend Dinge koordinieren muss, etwas Übergeordnetes bräuchte. Aber brauche ich ein bürokratisierendes, landesweites neues Programm, um das sicherzustellen? - Ich denke, wir sollten unseren Kommunen und den Landkreisen, die in diesen Naturräumen sehr wohl eng zusammenarbeiten, zutrauen, sich abzustimmen und sich zu koordinieren. Zudem würde sich ein solches Programm wieder mit der Umsetzung von Natura 2000 schneiden, weil wir auch da zu überregionalen Konzepten zum Schutz der einzelnen Schutzgebiete, die nicht an Kreisgrenzen halt machen, kommen müssen.

Unterm Strich bleibt ein neues Programm, bei dem personelle und finanzielle Ressourcen im Zweifelsfall wieder ins Zählen, Wiegen, Messen, in Programmierung und Monitoring gehen und eben nicht in den konkreten Naturschutz. - Das ist eine falsche Wegweisung. Hier wird eine falsche Richtung eingeschlagen. Nutzen Sie die Kapazitäten lieber dazu, etwas Konkretes für den Naturschutz zu erreichen, aber nicht dafür, zur Überbürokratisierung und Überprogrammierung beizutragen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

An Programmen, Plänen und Regelungen im Naturschutz mangelt es wirklich nicht. Lassen Sie uns lieber ganz konkret etwas tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von der FDP: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Zu einer Kurzintervention erteile ich nun dem Herrn Kollegen Janßen das Wort. Bitte!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Birkner, ich denke schon, dass es sehr wichtig ist - gerade für die einzelnen Naturräume, die natürlich auch kreisübergreifend gelten -, Schwerpunkte zu definieren und Aussagen dazu zu treffen, wo tatsächlich die wertvollsten Bereiche sind.

Ich will Ihnen ein Beispiel aus der Küstenregion nennen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir entlang der gesamten Wattenmeerküste binnendeichs zahlreiche Landkreise haben, in denen es überall Wiesenvogel-Schutzgebiete und Gänserastplätze gibt. Für die unteren Naturschutzbehörden ist es ungeheuer schwer, hier eine Schwerpunktbildung des Landes zu erkennen. Ich hätte es während meiner Tätigkeit dort durchaus als hilfreich empfunden, Handlungshinweise und Orientierungshilfen von der Landesebene in viel stärkerem Umfang zu erhalten, als das auch zu Ihrer Regierungszeit der Fall war.

Letztendlich sehe ich einen wesentlichen Schwerpunkt dieses Landschaftsprogramms darin, auch nach Natura 2000 Hilfestellung für Vernetzungsstrukturen zu liefern. Vernetzungen machen nicht an Landkreisgrenzen halt. Ich glaube, schon allein das ist ein ausreichendes Argument, so etwas zumindest wieder in Angriff zu nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Dr. Birkner antwortet. Anderthalb Minuten!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Vielen Dank. Ich denke nicht, dass ich 90 Sekunden brauche.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke nicht, dass es für den von Ihnen beschriebenen Bedarf - der sicherlich da ist -, über kommunale Grenzen hinweg die Koordinierung sicherzustellen, eines solchen neu aufzulegenden Programms bedarf, weil das Bestandteil der Umsetzung von Natura 2000 ist.

Was Sie gerade beschrieben haben, sind ja Natura-2000-Räume. Wir befinden uns gerade in der Umsetzung der Vorgaben, um die entsprechenden Pflege- und Entwicklungspläne herzustellen und die entsprechenden Konzeptionen aufzustellen. Für die Umsetzung gibt es auch die entsprechenden Richtlinien, Leitlinien und Hilfestellungen des Landes. In diesem Rahmen muss das sichergestellt werden.

Ich sage Ihnen: Kümmern Sie sich lieber nicht um ein neues Programm. Dafür brauchen Sie Monate, Jahre. Sie werden Geld ausgeben müssen, um die entsprechenden Gutachten zu erzeugen. Kümmern Sie sich lieber konkret um die Umsetzung von Natura 2000, und machen Sie nicht eine neue Baustelle auf. Wir stehen ja in der Umsetzung durchaus unter zeitlichem Druck, weil es europarechtliche Vorgaben gibt, die einzuhalten sind.

Deshalb halte ich das für eine Schwerpunktsetzung, für eine Neuorientierung, die aus den aktuellen Notwendigkeiten und Gegebenheiten irgendwie nicht ganz erklärlich ist. Das wäre irgendwie etwas ganz Gutes, ginge aber eigentlich an den Realitäten und an den konkreten Herausforderungen vorbei. Programmatisch klingt das ein bisschen so: Wir wollen irgendwo einen Schwerpunkt setzen, aber wir kümmern uns nicht um die Realitäten. - Das ist nicht der Punkt, den wir Ihnen für die Regierungsarbeit mitgeben wollen, sondern wir wollen Sie darauf hinweisen, dass das kein Wunschkonzert ist, sondern hartes Arbeiten. Und da sind die Herausforderungen andere.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist Herr Brammer von der SPD-Fraktion.

(Unruhe)

- Bevor wir fortfahren, würde ich Sie bitten, hier etwas mehr Ruhe einkehren zu lassen.

Herr Brammer, Sie haben 3:44 Minuten Restredezeit.

Axel Brammer (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Wenn ich die Diskussion hier mitkriege, merke ich erst, wie wichtig dieser Antrag ist.

(Christian Grascha [FDP]: Vorher war das unwichtig?)

Herr Dr. Birkner, Sie sagen: Inhaltliche Fragen sind nicht geklärt. - Nein! Genau das wollen wir: Wir wollen ein Programm überarbeiten, um wieder einen Überblick zu bekommen.

Das Landschaftsprogramm ist uralt. Ich habe lange gebraucht, um es zu finden. Es ist von 1989. Das hat Denkmalswert! - So ein Ding so lange liegen zu lassen, ist für den Naturschutz unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Landschaftsprogramm ist eine Grundlage für alle weiteren Planungen, auch im kommunalen Bereich.

Frau Klopp, Sie sagen, im Bundesnaturschutzgesetz steht, die Länder *können* ein Landschaftsprogramm auflegen. Im Niedersächsischen Naturschutzgesetz steht: Sie *haben* es aufzustellen. - Das ist in den letzten Jahren ganz einfach verschlafen worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Dr. Birkner das Wort. Bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Brammer, Sie haben es angesprochen: Das Programm ist alt. Es ist auch aus gutem Grund alt, weil die Zeit nämlich darüber hinweggegangen ist. Sie können nicht immer nur an alten Instrumenten festhalten, sondern in der Zwischenzeit ist viel passiert. Ein Schlüsselstichwort ist aus meiner Sicht Natura 2000. - Das ist die erste Anmerkung.

Die zweite Anmerkung ist: Im Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz steht, meine ich - ich habe vorhin bereits gesagt, ich habe den Gesetzestext nicht dabei -, gerade bezüglich der Landschaftsprogramme, also der auf

Landesebene zu erstellenden Programme, dass sie nicht verpflichtend für das Land sind. Wir haben immer gesagt - auch in der Umsetzungsdiskussion -, dass wir Programme auf der Kreisebene und auf der kommunalen Ebene haben und dass es deshalb auf Landesebene nicht notwendig ist. Gleichwohl ist die Möglichkeit, wie im Bundesnaturschutzgesetz vorgegeben, natürlich offen.

Das ist am Ende politisch zu entscheiden. Ich halte es jetzt für die falsche Schwerpunktsetzung. Ich denke, wichtiger ist die Umsetzung von Natura 2000.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Kollege Brammer möchte antworten. Bitte!

Axel Brammer (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Herr Dr. Birkner, dass Sie sich hier so wehren, zeigt mir, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen mit dem Gesetzestext aushelfen. Landschaftsprogramm: Die oberste Naturschutzbehörde hat für den Bereich des Landes ein Landschaftsprogramm auszuarbeiten und fortzuschreiben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Wenzel das Wort. Bitte!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Klopp! - Wo sitzt sie?

(Zuruf: Hinter Ihnen!)

- Oh, da habe ich sie nicht vermutet. Ich wollte schon sagen: Jetzt hat sie sich versteckt.

Meine Damen und Herren, ich habe vor 15 Jahren einen Apfelbaum gepflanzt. In diesem Frühjahr blühte er wie nie zuvor. Wer diesen Baum sah, der dachte: Mensch, es gibt in diesem Jahr ja eine wunderbare Apfelernte. - Wenn Sie sich diesen Baum jetzt im Herbst angucken, stellen Sie fest: Fehlanzeige. Das ist nicht der Fall.

Was war im Frühjahr los? - Es gab unglaublich wenige Bienen, es gab unglaublich wenige Wildbienen, es fand fast keine Bestäubung statt. Das ist ein schönes Bild für das, was Sie, Frau Klopp, eben ansprachen. Naturschutz hat immer auch etwas mit Landwirtschaft zu tun. Naturschutz hat immer auch etwas mit der Ernährung des Menschen zu tun. Insofern hat Artenvielfalt eine herausragende Funktion für den Menschen - egal, ob er Jäger, Sammler oder Landwirt ist. Er hat von daher eine große Bedeutung für uns insgesamt als Gesellschaft.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die rot-grüne Landesregierung hat sich der Aufgabe gestellt, den Naturschutz fachlich und rechtlich zu stärken. Wir wollen daher bis zum Herbst 2014 eine umfassende Naturschutzstrategie für Niedersachsen erarbeiten. Herr Dr. Birkner, dabei spielt natürlich auch das Thema FFH eine ganz zentrale Rolle. Ich habe aber, ehrlich gesagt, nicht festgestellt, dass das Thema Naturschutz in den letzten zehn Jahren bei Ihnen wirklich über alle Maßen gut aufgehoben war. Deshalb lade ich Sie ausdrücklich ein, sich an dieser Debatte zu beteiligen.

Entstehen soll eine zukunftsweisende Strategie mit leitbildhafter Darstellung der Erfordernisse, der Ziele und der Verfahrensweisen des Naturschutzes aus landesweiter Sicht. In die Naturschutzstrategie wollen wir insbesondere auch die strategischen Überlegungen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, zur Kommunikation von Naturschutzarbeit und zur Umweltbildung integrieren. Eine solche Strategie muss auch Antworten auf besondere Herausforderungen für den Naturschutz wie Klimawandel, Energiewende, Flächenverbrauch, Stoffeinträge, Biotopverluste, Artenrückgang oder das Auftreten invasiver Arten geben.

Dabei soll sie ganz bewusst einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen; denn einerseits sind Gesellschaft und Wirtschaft auf die Nutzung von Natur und Landschaft angewiesen, andererseits muss aber auch dem Schutz von Arten und Lebensgemeinschaften ausreichend Rechnung getragen werden. Es ist deshalb unser Ziel, diese beiden Pole miteinander zu verbinden, um letztlich zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Strategie soll unter breiter Beteiligung erstellt werden, und zwar mit den Naturschutzbehörden des Landes und der Kommunen, den Natur- und Umweltverbänden, den Landschaftspflegeverbänden, den Informations- und Bildungseinrichtungen des Naturschut-

zes, Wissenschaftlern, allen, die Interesse an einer solchen Strategie haben.

(Hans-Heinrich Ehlen [CDU]: Und den Bauern!)

- Bei den Landschaftspflegeverbänden, die ich eben erwähnt habe, Herr Ehlen, sind selbstverständlich auch die Bauern mit dabei. Sie wissen, dass die Jäger und die Fischer unter die Natur- und Umweltverbände fallen. Wir werden in einem zweiten Schritt ganz gezielt auch noch die Landwirte einbinden, die sich nicht schon im ersten Schritt zu unserer Veranstaltung verirren. Seien Sie sicher: Wir sehen das sehr wohl als Herausforderung an, genau diese beiden Pole am Ende zusammenzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die niedersächsische Naturschutzstrategie wird dann - das ist der zweite Schritt - die Basis für ein Landschaftsprogramm und die zu entwickelnden Aktionsprogramme bilden, z. B. für Moore, Auen, Buchenwälder oder für den Biotopverbund. Eine Prüfung hat ergeben, dass es wenig Sinn macht, das alte Landschaftsprogramm aus dem Jahr 1989 einfach nur fortzuschreiben und eine neue Broschüre aufzulegen. Erforderlich ist eine grundlegende Neuaufstellung. Das Programm soll als gutachterlicher Fachplan in Modulen erarbeitet werden und dann im Internet für jedermann verfügbar gemacht werden. Das ist von der Anlage, von der Struktur her etwas ganz anderes als das, was wir von 1989 kennen.

Ein Landschaftsprogramm gemäß § 10 des Bundesnaturschutzgesetzes hat eine hohe Bedeutung für die Raumordnung und die Landesplanung, die Bauleitplanung und die Landschaftsplanung. Das Gleiche gilt für andere Fachplanungen und insbesondere auch für die naturschutzfachliche Prüfung und Bewertung von Infrastrukturprojekten. Es trägt dazu bei, die Übersicht über vorhandene Daten zu verbessern, von denen wir zwar sehr viele haben, die aber sehr zersplittert vorliegen. Genehmigungsverfahren können auf diese Art beschleunigt werden, und die Erfordernisse des Naturschutzes können transparenter und einschätzbar gemacht werden.

Von daher, meine Damen und Herren, begrüße ich sehr, dass die Fraktionen der SPD und der Grünen diesen Antrag vorgelegt haben, womit sie dieses Thema sehr früh in den Landtag eingebracht haben und es hier einer Diskussion sowie Entscheidung zugänglich machen.

Ich danke Ihnen herzlich fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Befasst werden soll mit diesem Antrag der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich rufe jetzt den letzten Tagesordnungspunkt auf:

Tagesordnungspunkt 37:
Erste Beratung:
Leitlinien und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Tourismuspolitik in Niedersachsen festlegen - Infrastruktur ausbauen, Zukunftsmärkte erschließen, Marketing optimieren - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/577

Zur Einbringung erteile ich das Wort der Frau Kollegin Tippelt für die SPD-Fraktion. Bitte!

Sabine Tippelt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es mit den Worten unseres Bundespräsidenten zu sagen: Was für ein schöner Tag. - In diesem Fall für den Tourismus in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Antrag der Regierungsfraktionen stellt die Weichen für eine positive Zukunft der Tourismusbranche. Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht, dass wir dringend eine Neuausrichtung brauchen. Niedersachsen hat im ersten Quartal dieses Jahres 2,6 % bei den Übernachtungszahlen eingebüßt. Die Gesamtzahl der Übernachtungen lag unter dem Bundesdurchschnitt. Fast alle niedersächsischen Reiseregionen haben starke Rückgänge zu verzeichnen.

Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung. Niedersachsen verliert im Vergleich zum Vorjahr allein bei den Beherbergungsbetrieben 5,8 % der Vollzeitstellen.

Nimmt man all diese Zahlen zusammen, kann daraus nur ein Schluss gezogen werden: Das Tourismuskonzept der alten Landesregierung ist gescheitert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was wir brauchen, ist ein Landestourismuskonzept. Eine erste und wichtige Änderung dabei ist, die TMN endlich zu einem funktionierenden Akteur im niedersächsischen Tourismus zu machen. Bisher hat die TMN diese Aufgabe nicht erfüllt. Es ist weder ihr noch der alten Landesregierung gelungen, die unterschiedlichen Akteure und Interessen zusammenzuführen. Wir werden die TMN daher zukünftig als landespolitisches Instrument einsetzen, um ihre inhaltliche Ausrichtung besser den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihre zentrale Aufgabe wird darin bestehen, regionale touristische Akteure in Fragen von Innovation, Entwicklungspotenzialen, Zukunftsorientierung und Qualitätsmanagement zu begleiten, zu beraten und zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auf einige wenige Punkte in unserem Antrag genauer eingehen.

Die statistischen Erhebungen im Beherbergungssektor sind seit Jahren ungenau. Wir alle kennen den grauen Beherbergungsmarkt, der durch die Festlegung der Mindestbettenzahl überhaupt nicht berücksichtigt wird. Das bedeutet aber auch gleichzeitig, dass wir im Grunde über die tatsächliche Beschaffenheit dieses Sektors nichts wissen. Daher ist es dringend erforderlich, auch die Betriebe mit weniger als zehn Betten und die Dauercampingplätze mit in die Statistik aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist weiterhin wichtig, dass wir die touristischen Potenziale unseres Landes nicht durch falsche Ferienzeitregelungen behindern. Bei der Neuregelung der Sommerferien ab 2018 gilt es daher, neben pädagogischen, gesundheitlichen und verkehrlichen Gesichtspunkten besonders auch den Tourismus in den Blick zu nehmen. Wir müssen dafür sorgen, eine optimale Ausnutzung des möglichen Ferienzeitraums von rund drei Monaten zu gewährleisten und massive Überschneidungen mit NRW und Bayern zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Gabriela König [FDP])

Dass Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der FDP-Fraktion, Frau König, dies in Ihrer Regierungszeit nicht zustande gebracht haben, ist ein Beispiel für zehn Jahre schwarz-gelbe Untätigkeit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Gabriela König [FDP])

Der Erfolg zukünftiger Tourismuspolitik muss sich auch daran messen lassen, ob es gelingt, mehr Menschen als bisher barrierefreies Reisen zu ermöglichen. Auch hier, Frau König, setzen wir klare Zeichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der demografische Wandel beschäftigt auch den Tourismus. Es wird verstärkt darauf ankommen,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

spezielle und abgestimmte Angebote für ältere Menschen, für Alleinreisende und für Familien zu entwickeln und auch anzubieten. Das muss und wird eine zentrale Aufgabe der Programmentwicklung innerhalb des Tourismus sein.

In Zukunft müssen wir außerdem auch auf die Situation der Beschäftigten im Tourismus achten und bessere Rahmenbedingungen für diese schaffen. Wir wollen dies in enger Abstimmung mit der IHK tun, um auch mehr Nachwuchskräfte zu gewinnen. Aber zum anderen brauchen wir für die Beschäftigten im Tourismus auch einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Gabriela König [FDP])

Ich empfinde es übrigens als ein Zeichen außerordentlicher Ignoranz, Frau König, wenn die Beschäftigten von der FDP in Ihrem Tourismusantrag - jetzt hören Sie zu; Sie können dazu gleich noch Stellung nehmen -, in dem Sie zu dem Mindestlohn eine klare Aussage getroffen haben, lesen müssen, dass Sie den Mindestlohn als investitionshemmend bezeichnen.

(Christian Grascha [FDP]: Den gesetzlichen Mindestlohn! Sie müssen den Antrag auch zu Ende lesen!)

Ich bin wirklich froh,

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

dass Ihre politischen Einstellungen in Deutschland keine Lobby mehr haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Gabriela König [FDP])

Schaut man sich nun die Ziele und Anforderungen an Tourismus, Wirtschaft und Politik an, dann ist eine Sache klar: Es muss mit den Masterplänen für vier Regionen Schluss sein; denn diese Pläne berücksichtigen viele touristische Potenziale nicht. Was wir brauchen, sind klare Leitlinien, die den Handlungsrahmen für ein Landestourismuskonzept festlegen, das alle touristischen Initiativen und Potenziale gleichermaßen berücksichtigt und auch zusammenbringt. Wir brauchen klare Schwerpunktsetzungen, innovative Ansätze und auch berechenbare Rahmenbedingungen.

(Karl-Heinz Bley [CDU]: Steht das alles in Ihrem Antrag?)

Es gibt unendlich viele Gutachten und Handlungsempfehlungen für die Tourismusbranche.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte! - Frau Tippelt hat das Wort. Keine Dialoge, bitte! - Frau Tippelt, Sie können jetzt fortfahren.

Sabine Tippelt (SPD):

Was bisher fehlte, war jemand, der diese Empfehlungen anpackt und umsetzt. Wir, die rot-grüne Landesregierung, haben den Mut und die Ausdauer, dem Tourismus in Niedersachsen das zu geben, was ihm in den letzten zehn Jahren gefehlt hat: einen erfolgreichen Weg und gute Perspektiven für die Zukunft.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Kollege Miesner das Wort. Bitte!

Axel Miesner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Tippelt, Sie haben heute hier die Gegenrede gehalten zu den Reden Ihres Herrn Minister Lies und Ihrer Frau Staatssekretärin Behrens, gehalten einmal im Wirtschaftsausschuss und einmal beim IHK-Tourismustag. Beide haben die Tourismuspolitik der alten Landesregierung über den grünen Klee gelobt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Von daher weiß ich nicht, was Sie für eine Kritik an der erfolgreichen Tourismuspolitik üben.

Herr Schminke, ich wusste auch gar nicht, dass Sie neuerdings für den Tourismus zuständig sind.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Bisher kamen Sie uns immer vor wie der wurstpolitische Sprecher der SPD-Fraktion.

(Ronald Schminke [SPD]: Weserbergland-Tourismus und Südniedersachsenplan!)

Jetzt kommen wir zum Thema: Die SPD entdeckt auf jeden Fall den Tourismus in dieser Legislaturperiode. In den vergangenen fünf Jahren gab es kaum Anträge der SPD oder der Grünen. Schauen wir einmal zurück!

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte! - Ich finde, wir sollten noch einmal versuchen, uns zu disziplinieren. Herr Miesner hat jetzt das Wort, und nur Herr Miesner.

Axel Miesner (CDU):

Unsere Anträge betrafen die Tourismuspolitik Niedersachsen, den Gesundheitstourismus, den Kulturtourismus, den Radtourismus, den Reittourismus, und es gab einen Antrag zum UNESCO-Welterbe Wattenmeer - alles Anträge, die erfolgreich umgesetzt wurden. Das belegen die Zahlen. Sie sehen, welche vielfältigen Anträge wir entwickelt und umgesetzt haben. Nicht umsonst hat sich der Tourismus in Niedersachsen sehr positiv entwickelt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Tippelt, die Zahlen sprechen für sich: Im Norden sind wir die Nummer eins - und das mit einem ganz großen Abstand. In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Tourismus in Niedersachsen deutlich verbessert, und die Zahlen haben deutlich

zugelegt. Von ca. 35 Millionen Übernachtungen im Jahre 2003 sind wir nun bei über 40 Millionen Übernachtungen Ende 2012. Das ist ein Plus in den letzten zehn Jahren von ca. 15 %.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nie gab es mehr Gäste in Niedersachsen, nie gab es mehr Übernachtungen in Niedersachen, nie war der Tourismus in Niedersachsen so erfolgreich. Schauen Sie einfach in den Niedersachsenkompass - ganz aktuell herausgegeben - mit den eindrucksvollen Beweisen und guten Reisezielen im Urlaubsland Niedersachen! Vermutlich bekommen Sie diese Informationen gar nicht, Frau Tippelt.

(Beifall bei der CDU)

Von daher verstehe ich die Kritik in Ihrem Antrag nicht, die Sie an der vorherigen Landesregierung üben. Ebenso wenig können wir die versteckte Kritik an der erfolgreichen TMN in Ihrem Antrag zuordnen. Es muss darum gehen, die positiven Entwicklungen zu halten und die Potenziale für die Zukunft zu nutzen.

Neben den eben angesprochenen Themenfeldern muss es darum gehen, folgende touristische Entwicklungen voranzubringen: In den Destinationen des Landes muss der Tourismus weiter gestärkt werden. Ich kann nicht feststellen, warum Sie diese positiven Entwicklungen negieren. Themen wie barrierefreier Urlaub sind aufzunehmen und nach vorne zu bringen. Der Kinder- und Jugendtourismus bietet Potenziale auch in Niedersachsen. Der erfolgreiche Tourismus auf dem Land ist ein Renner in unserem schönen Bundesland und ist weiter zu stärken. Die guten Potenziale des Städtetourismus sind weiter auszubauen. Und die große Nachfrage ausländischer Gäste nach Urlaub in Niedersachsen gilt es weiter zu fördern.

Den Antrag zur Ferienzeitregelung, Frau Tippelt, haben wir vor einigen Wochen eingebracht.

(Beifall bei der CDU)

Was bei Ihnen aber fehlt, Frau Tippelt, ist eine ganz klare Absage an die Bettensteuer. Ebenso fehlt eine Absage an jede weitere Belastung der Touristen in Niedersachsen. Es fehlen ferner Ihre Initiativen, um auch zukünftig EU-Mittel für den Tourismus einzusetzen, wie das in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist.

Vor allem sind wir sehr daran interessiert, wie Sie finanzschwache Kommunen darin unterstützen wollen, dass diese ihre touristischen Angebote dauerhaft, wie Sie schreiben, finanzieren können. Vermutlich sollte dieses über den Südniedersachsenplan finanziert werden. Kommunen außerhalb Südniedersachsens werden bei Ihnen wahrscheinlich wieder leer ausgehen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

Ebenso vermissen wir Ihre Forderung aus der vorherigen Wahlperiode nach einem Unterausschuss „Tourismus“. War das damals nur eine Forderung der Oppositionspartei SPD, oder sind Sie jetzt vielleicht in der Realität angekommen?

Was passiert mit der erfolgreichen TourismusMarketing Niedersachen, der TMN? - Dies ist eine Einrichtung des Landes Niedersachsen, die unsere gemeinsam entwickelten Rahmenbedingungen in Erfolge umgesetzt hat. Darauf habe ich hingewiesen.

Es bleiben Fragen über Fragen, Frau Tippelt. Wir brauchen endlich einmal Antworten

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Nun hat Frau Westphely das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Anzahl der Anträge sagt ja noch nicht so viel aus, sehr geehrter Herr Miesner. Wir Grüne stellen deshalb auch fest: Tourismus in Niedersachsen war nicht gerade das Lieblingskind der Vorgängerregierung,

(Beifall bei den GRÜNEN)

mit entsprechendem Ergebnis, wie die bekannte Studie von Deloitte und der Gesellschaft für Konsumforschung im Jahre 2010 bilanzierte. Wenig Innovationen bei den Urlaubsangeboten, Fokussierung auf ältere Stammurlauber und eine mangelhafte Informations- und Kommunikationsstruktur zu den Angeboten der Urlaubsziele werteten viele Urlauber als Desinteresse an ihren Urlaubswünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier im Landtag haben wir uns in der letzten Wahlperiode in vielen Debatten und Diskussionen dafür stark gemacht, die richtigen Schlüsse aus den bekannten Fakten und Analysen zu ziehen und entsprechend zu handeln. Doch CDU und FDP fabulierten derweil - wie sie das auch eben getan

haben - von Stimmungshoch und verstärktem Wachstum, von Erfolg, vom beliebtesten Urlaubsland Deutschlands, anstatt die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken, und das werden wir jetzt ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn uns ist dieser Wirtschaftszweig sehr wichtig. Wir erkennen die Bemühungen und die Leistungen der Tourismuswirtschaft an. Gleichzeitig wollen wir zusammen mit den Akteuren vor Ort und in den Verbänden Niedersachsen als Reiseland fit für die Zukunft machen, und wir haben uns viel vorgenommen. Wir wissen, dass ein abgestimmtes Miteinander allen Beteiligten eine Menge abverlangt. Da wollen wir nichts beschönigen. Anbieter und Kommunen in den Regionen konkurrieren um Urlauber und Einnahmen. Da fällt es manchmal auch schwer, zusammenzuarbeiten, ein gemeinsames Ziel festzulegen und sich auf die Umsetzung dieses gemeinsamen Ziels zu einigen. Aber nur wenn das erfolgt ist und im Prozess erarbeitet worden ist, kann eine Region touristisch erfolgreich sein. Das ist in den Masterplänen leider nur zum Teil gelungen.

Deswegen brauchen wir die Akteure vor Ort, die Verantwortung in die Hand nehmen; denn sie wissen am besten, was gut und was richtig ist. Gleichzeitig stellen wir fest, dass das alleine nicht reicht, und deswegen brauchen wir auch ein Landestourismuskonzept, in dem alle Fäden für einen erfolgreichen Tourismus in Niedersachsen zusammenlaufen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch einige konkrete Punkte nennen, die aus unserer Sicht bei der zukünftigen Arbeit wichtig sind.

Qualitätsverbesserungen werden nur gelingen, wenn in den Bestand investiert wird. Deshalb steht für uns die Modernisierung mit Energieeinsparungen, mehr Familienfreundlichkeit und dem Abbau von Barrieren im Vordergrund.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erreichbarkeit touristischer Ziele mit dem öffentlichen Personenverkehr ist noch lückenhaft. Zum Beispiel würden viele Familien gerne mit der Bahn bis zur Küste und bis zu den Inseln reisen, würden sie denn dann auch mit dem Zug bis zur Fähre kommen. Das ist in vielen Fällen aber noch nicht der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn Niedersachsen in den letzten Jahren durch landschaftliche Monokulturen an Attraktivität in Teilen verloren hat - unsere Vielfalt von Naturräumen, die gerade schon bei der Besprechung des vorherigen Antrags sehr gut dargestellt wurde, ist unser Potenzial in Niedersachsen, und dieses Potenzial wollen wir durch einen nachhaltigen und einen naturverträglichen Tourismus weiterentwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Westphely, herzlichen Dank. - Das Wort hat nun Frau König von der FDP-Fraktion.

Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Erstes möchte ich Frau Tippelt davon in Kenntnis setzen, dass der sogenannte gesetzliche Mindestlohn in dieser Branche längst der Vergangenheit angehört; der ist längst überholt worden. Der DEHOGA hat einen tariflichen Lohn vorgelegt, der wesentlich darüber liegt. - Nur zu Ihrer Information. Sie sind ein bisschen hinter der Welt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag beginnt zwar richtig, weil diese Passage aus unserem Antrag vom 20. März übernommen wurde. Es hat zwar lange gedauert. Aber immerhin haben Sie die 320 Millionen Euro Steuereinnahmen, die daraus generiert werden, schlicht und ergreifend unter den Tisch fallen lassen. Deswegen erwähne ich sie hier noch einmal. Auch die 40 Millionen Übernachtungen, die Herr Miesner schon zu Recht angeführt hat, dürften in dem Antrag ruhig erwähnt werden.

(Beifall bei der FDP)

Auch dass viele kleine und mittelständische Unternehmer unterschiedlicher Branchen davon profitieren, ist richtig. Was allerdings nicht stimmt, ist, dass eine Qualitätsoffensive neu eingeführt werden muss; denn auch die gibt es bereits. Sie sollten sich besser informieren. Die ServiceQualität Deutschland heißt beispielsweise QualitätsStadt. Sie wendet sich an alle Dienstleister der Stadt, wozu Handwerker, Ärzte, Rechtsanwälte wie auch Schwimmbäder, Büchereien und Stadtverwaltung

gehören. Also alles, was in unmittelbarem Kontakt zu den Kunden steht, ist dort drin.

Dann gibt es wohlgemerkt die Qualitätsoffensive Naturparke aus den Jahren 2004/2005 - Sie haben in der Vergangenheit gut geschlafen -, die das Bundesamt für Naturschutz aus Mitteln des Bundesumweltministeriums entwickelt, 2006 deutschlandweit gestartet. Ziel dieser Qualitätsoffensive ist es, die Weiterentwicklung der Naturparke zu unterstützen. Weitere Qualitätsoffensiven betreffen den Harz. Damit sind Tourismusangebote mit hoher Qualität verbunden. Dafür muss auch das Angebot mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis ausgebaut werden. Es gibt die Qualitätsoffensive Weserradweg, die Qualitätsoffensive Elbe, Peine, und ich könnte noch ganz viele aufzählen. Wo waren Sie nur in den letzten zehn Jahren? - Hier in Niedersachsen anscheinend nicht; denn sonst wüssten Sie, dass der Tourismus von Erfolg zu Erfolg gezogen ist. Herr Miesner hat das wunderbar ausgeführt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Und haben Sie schon einmal etwas von dem Programm IWiN gehört, einer schon lange bestehenden Förderung der individuellen Weiterbildung mit Zuschüssen für kleine und mittlere Unternehmen? - Sie läuft bis 2013. Ich hoffe, auch weiter. 90 % der Kosten für Lehrgänge und Seminare werden dabei übernommen. Und was machen Sie?

Anstatt der TMN für eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit zu danken, schreiben Sie, sie hätte die Ziele nicht umsetzen können. Das, was Sie da machen, ist ganz traurig. Es ist ignorant und zeugt von Inkompetenz.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Leitlinien wollen Sie setzen - etwas, was überhaupt nichts bringt. Dafür ist der Tourismus viel zu vielfältig und unterschiedlich. Leitlinien interessieren keinen Menschen. Alleine die verschiedenen Projekte - Gesundheitstourismus, Wellness mit „Genießen Sie sich“, Familientourismus, Städtetourismus, Radtourismus und vieles andere mehr - haben dahin geführt, wo wir jetzt nämlich sind: innovativ und unbürokratisch. Ein Korsett aus Leitlinien ist dabei völlig unproduktiv.

Das weitere Festhalten an Masterplänen hingegen ist ein Weg zur Weiterentwicklung. Das bündelt die Ressourcen und vernetzt sie. Erst dadurch wird eine Region besser für den Tourismus erschlossen. Ihr Antrag ist also - wie die Überschrift - lang und total inhaltsleer.

Außerdem haben Sie die Erhebung von Übernachtungen in kleinen Betrieben mit weniger als zehn Betten in dem Antrag angeführt. Wissen Sie eigentlich, was Sie damit machen? - Sie versuchen, aus der Vergleichbarkeit der gesamten Statistik hinauszugehen. Alle anderen Länder machen das nämlich anders. Für Niedersachsen würde überhaupt keine Vergleichbarkeit mehr bestehen. Es ist also völlig kontraproduktiv, so etwas zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Schade, dass Sie diesen Antrag so dilettantisch aufgebaut haben. Aufgeblasen, aber nichts steht drin. Gucken Sie sich einmal das Sparkassen-Tourismusbarometer an! Darin steht mehr. Daraus sollten Sie ein bisschen mehr lernen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun Herr Wirtschaftsminister Lies das Wort. Bitte!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße ausdrücklich, dass die Regierungsfraktionen das für Niedersachsen so wichtige Thema Tourismusentwicklung zum Gegenstand dieses Entschließungsantrags gemacht haben.

Ich will an dieser Stelle sagen: Sehr geehrter Herr Miesner, das Lob galt in der Vergangenheit und gilt heute den handelnden Personen. Das Lob kann ich leider nicht für das aussprechen, was die vergangene Landesregierung im Tourismuskonzept gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Die rot-grüne Landesregierung hat schon in der Koalitionsvereinbarung die Chancen für Wertschöpfungs- und Beschäftigungswachstum im Bereich des Tourismus erkannt und hat den Tourismus entsprechend definiert. Der Begriff „Leitmarkt“ macht deutlich, dass wir im Tourismus die besonderen Entwicklungspotenziale sehen. Auch in den Krisenzeiten haben wir gesehen, dass im Tourismus stabile Beschäftigung möglich ist. Das wollen wir fördern und ausbauen.

Die Vorgängerregierung hat durch ihre zurückhaltende Tourismuspolitik in den vergangenen zehn

Jahren aus den Mitteln, die im Vergleich zu dem, was uns zukünftig zur Verfügung steht, sogar vergleichsweise umfangreich waren, viel zu wenig gemacht. Der Eindruck, den alle haben, bestätigt sich: Der Tourismus wurde eher verwaltet als gestaltet. Damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der SPD)

Von daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es richtig, dass die Regierungsfraktionen im Entschließungsantrag Leitlinien für die Tourismuspolitik auf Landesebene fordern. Tourismus funktioniert erfolgreich nur als aufeinander abgestimmtes Zusammenspiel öffentlicher, kommunaler und von privaten Leistungsträgern getragener Investitionen.

(Gabriela König [FDP]: Es gab einen Masterplan!)

Wo so viele unterschiedliche Akteure zusammenspielen müssen, da braucht es einen übergeordneten Rahmen. Es braucht Orientierung und immer häufiger übrigens auch Moderation. Manchmal müssen auch Interessen abgewogen und Konflikte gelöst werden. Genau deshalb ist das Thema Tourismus eine definierte politische Aufgabe innerhalb der Wirtschaftspolitik. Und deshalb wird diese Landesregierung Tourismuspolitik aktiv gestalten, als Herausforderung der Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Kontext sehe ich auch die Erarbeitung eines Landestourismuskonzeptes. Dabei geht es nicht um ein weiteres Gutachten auf Landesebene. Wir haben keinerlei Erkenntnisdefizite im Tourismus. Erheblichen Handlungsbedarf sehe ich aber bei der Umsetzung der Empfehlungen aus den zahlreichen im Land vorhandenen Masterplänen und sonstigen touristischen Analysen.

Gemeinsam mit den touristischen Akteuren vor Ort und in den Regionen möchte ich ganz konkret ermitteln, welche Unterstützung, welche Hilfestellung sie sich von der Landespolitik wünschen. Dazu starten wir im Spätherbst eine erste offen angelegte Beteiligungsrunde. Es werden alle touristisch verantwortlichen Akteure in den Regionen und auch diejenigen, die einen Beitrag zum Tourismus leisten wollen, herzlich eingeladen, vom Naturschutz über die Kultur- und Denkmalpflege bis hin zur Kirche.

Ich begrüße die Forderung im Entschließungsantrag nach einer nachhaltigen, natur- und umweltverträglichen sowie sozial verantwortlichen Tourismusentwicklung. Der Tourismus muss die gesellschaftlichen Megatrends - Alterung der Gesellschaft, Klimawandel, neue Konsummuster, Polarisierung der Lebensstile, steigendes Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein sowie neue technologische Möglichkeiten - als Treiber für Innovation erkennen und nutzen.

Insbesondere unter dem Aspekt der Tourismusfinanzierung ist die angesprochene Programmaufstellung eine echte Herausforderung. Niedersachsen wird 2014 bis 2020 sehr viel weniger Geld bekommen. Wir rechnen mit ungefähr der Hälfte der Mittel. Entsprechend werden wir im Tourismus nun noch sehr eingeschränkt und begrenzt Geld einsetzen können. Das werden wir sicherlich auch im Ausschuss sehr intensiv diskutieren.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal auf die Stärkung der TMN als landespolitisches Instrument eingehen. Dafür werden zurzeit durch die Landesregierung die Weichen gestellt. Ab dem 1. Januar 2014 wird die TMN gesellschaftsrechtlich, strukturell und inhaltlich sicher und zukunftsfähig aufgestellt sein, als eine 100-prozentige Landesgesellschaft. Damit werden wir gemeinsam den richtigen Weg gehen. Wir haben umfänglich die Möglichkeiten geprüft. Der besondere Dank gilt all den Akteuren, die inhaltlich dazu beigetragen haben, dass wir eine Lösung gefunden haben, die von allen getragen und im Konsens umgesetzt wird. So werden wir erfolgreich Tourismuspolitik für Niedersachsen gestalten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Tourismus ist ein Leitmarkt in Niedersachsen. Genau das wird die rot-grüne Landesregierung in ihrem Handeln umsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Lies. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein. Wer so beschließen

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Wir kommen zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, der 9. Tagungsabschnitt ist vom 30. Oktober bis zum 1. November vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzungen festlegen.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten und sicheren Nachhauseweg.

Schluss der Sitzung: 12.29 Uhr.